

# P R O T O K O L L

über die 15. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 22. April 1993, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

## ÖFFENTLICHE SITZUNG

### A n w e s e n d :

#### **BÜRGERMEISTER:**

Hermann Leithenmayr

#### **VIZEBÜRGERMEISTER:**

Erich Sablik

Dr. Leopold Pfeil

#### **STADTRÄTE:**

Ingrid Ehrenhuber

Roman Eichhübl

Karl Holub

Ing. Othmar Schloßgangl

Leopold Tatzreiter

Dkfm. Mag. Helmut Zagler

#### **GEMEINDERÄTE:**

Hermann Bachner

Josef Brandstötter

Gerhard Bremm

Ulrike Fuchs

Günter Fürweger

Johann Glanzer

Hans Dieter Götz

Richard Gollatsch

Gottfried Hofstetter

Oskar Holub

Engelbert Huber

Anna Jeloucan

Engelbert Lengauer

Friederike Mach

Josef Mayr

Dipl.-Ing. Frank Mundorff

Hans Payrleithner

Mag. Harald Philipps

Edith Radmoser

Eva Scheucher

Dr. Tilman Schwager

Ing. Dietmar Spanring

Wilhelm Spöck

Franz Strasser

Walter Strobl

#### **VOM AMT:**

MD Dr. Kurt Schmidl

OMR Dr. Gerhard Alphasamer

SR Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann

#### **PROTOKOLLFÜHRER:**

OMR Mag. Augustin Zineder

Belinda Kastlunger

# T a g e s o r d n u n g

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kennntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

## Kennntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates:

SH-4122/88	Errichtung einer Geschützten Werkstätte; Zahlung der Grunderwerbssteuer.
K-35/93	Schloßbibliothek; Vergabe der Lusterlieferung.
K-35/93	Schloßbibliothek; Vergabe der Teppichlieferung.
K-35/93	Schloßbibliothek; Vergabe weiterer Arbeiten.
H-69/93	Zentralbücherei der Stadt Steyr; Kreditüberschreitung.
Bau5-4177/86	Verein "Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege"; Vergabe der Arbeiten.
Bau5-692/92	Kaserngasse 4; Abbrucharbeiten.
ÖAG-27/93	Ankauf des Grundstückes 1249/1, KG Föhrenscherl, von den Ehegatten Hermann und Maria Mayrpeter, Steyr, Reindlgutstraße 25.
ÖAG-5524/90	Zufahrtsstraße Saxenhuber; Zahlung eines Betrages von S 120.000,-- an Frau Rosa Hilpold, Steyr, Christkindweg 1.
Pers-510	Kreditüberschreitung bei VSt. 1/0990/40000.6 (geringw. Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens).

# Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER      BÜRGERMEISTER      HERMANN  
LEITHENMAYR:

- 1) ÖAG-410/80                      Kostenbeteiligung der Stadt beim Betriebsabgang der Schwimmschule für das Jahr 1992.
- 2) GHJ1-1/93                      Ankauf eines ACAD-Arbeitsplatzes für Kanalangelegenheiten.
- 3) Ge-1300/91                      Fa. BMD - Bürocomputer mittlerer Datentechnik Vertriebsgesellschaft mbH., Burgstallstraße 13, 4523 Neuzeug; Gewerbeförderung.
- 4) Bau5-5804/85                    Überdachung Kunsteisbahn; Auftragserhöhung; Mittelfreigabe 1993.
- 5) Bau5-201/93                    Errichtung eines Kommunalzentrums an der Ennser Str.; Vergabe der Planungs- und Bauleitungstätigkeiten.
- 6) GHJ1-92/92                    Ankauf von Soft- und Hardware für den weiteren Ausbau der EDV im APT.

BERICHTERSTATTER      VIZEBÜRGERMEISTER      ERICH  
SABLIK:

- 7) ÖAG-1/93  
Abfallwirtschaft                    Altpapiersammlung; Abschluß eines Vertrages mit dem Oö. Altpapier-Verwertungsverein (APV).
- 8) ÖAG-4/93  
Abfallwirtschaft                    Problemmüllsammlung für das Jahr 1993.
- 9) ÖAG-4766/88  
Müllabfuhr                          Mülldeponie - Entgasungsanlage; Deponiegassicherung und -reinigung; Errichtung von Gasbrunnen im Schüttabschnitt II; Zusatzauftrag Errichtung der Regelleisten; Projektierung der Deponiegasreinigungsanlage.

BERICHTERSTATTER      VIZEBÜRGERMEISTER      DR.  
LEOPOLD PFEIL:

- 10) K-35/93                          Schloßbibliothek; Vergabe der Elektroinstallations-, Baumeister- und Malerarbeiten.
- 11) K-13/93                          Zentralbücherei d. St. Steyr; Ergänzung d. Leseordnung.

BERICHTERSTATTERIN STADTRAT INGRID EHREN-  
HUBER:

- 12) Präs-1052/88 Partnerschaft für Einrichtungen, die der Dritten Welt zugute kommen; Ausbildungsprojekt und Vollpatenschaft für 10 Kinder Agnel Ashram/Indien.
- 13) SH-130/93 Brennstoffaktion für einkommensschwache Personengruppen im Jahr 1993.
- 14) SH-186/93 Aktion Freilehrmittel.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

- 15) ÖAG-25/93  
Stadtwerke Kanalisation Steyrdorf, 3. Teil; Erneuerung der Erdgas- und Trinkwasserversorgungsleitungen; Vergabe der Leistungen.
- 16) ÖAG-47/93  
Stadtwerke Erdgasaufschließung Retzenwinklersiedlung; 2. Teil; Ortsversorgung Dornach; straßenbaubedingte Aufschließungsmaßnahmen; Auftragsvergaben.
- 17) ÖAG-6216/76  
Stadtwerke Erdgasliefervertrag mit der Oö. Ferngas GesmbH; Vereinbarung eines neuen Arbeitspreises.
- 18) ÖAG-51/93  
Stadtwerke Städt. Verkehrsbetrieb; Einführung neuer Linien bzw. Teilung der Linie 3 in einen westl und östl. Linienast; Ankauf der Fahrzeuge.
- 19) ÖAG-50/93  
Stadtwerke Städt. Kunsteisbahn; Überdachung; baubehördliche Errichtungsbewilligung; Vorschreibung von Sicherheitseinrichtungen zur Hebung der Betriebssicherheit.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL HOLUB:

- 20) Bau5-4177/86 Alten- und Pflegeheim Tabor; Mittelfreigabe für die Weiterführung der Sanierungsarbeiten von Bad- u. WC-Anlagen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR  
SCHLOSSGANGL:

- 21) Ges-15/93 Platzbenennung nach Prof. Jörg Reitter.  
**ABGESETZT!**
- 22) Bau3-6746/89 Straßenbau Rennbahnweg samt Parkplatz "An der Enns"; Vergabe der Arbeiten und Mittelfreigabe.

- 23) Bau6-166/93 Kanalisation Christkindl - Unterhimmel; Kanalan-  
schluß Styria.
- 24) Bau3-1756/84 Ausbau der Hausleitner Straße; Mittelfreigabe.
- 25) Bau6-6280/89 "Kanalisation Hausleiten" NK 11 a und 11 b; öf-  
fentliche Ausschreibung vom März 1993; Mittel-  
freigabe.
- 26) VerkR-8365/92 Lieferung und Montage von Parkscheinautoma-  
ten incl. Bauarbeiten (1. Ausbaustufe).

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZ-  
REITER:

- 27) Bau5-2224/90 FFW Stein, Steiner Straße, Löschzug III; vorläufi-  
ge Mittelfreigabe für die 2. Bauetappe.
- 28) GHJ2-7774/92 Lebenshilfe Steyr; Ansuchen um Durchführung  
v. Instandsetzungsarbeiten am Objekt Industrie-  
straße 8 - 10.
- 29) ÖAG-7199/92 Übernahme des Grundstückes 580/2, KG Gleink,  
in das öffentliche Gut.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DKFM. MAG. HEL-  
MUT ZAGLER:

- 30) Ha-3820/92 Umschuldung diverser Bankdarlehen.
- 31) Ha-63/93 Subvention zur Durchführung der Personalbe-  
treuung 1993.
- 32) GemIII-3121/88 Novellierung der Gemeinde-Getränkeabgaben-  
verordnung der Stadt Steyr vom 3. 7. 1992.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:

Meine Damen und Herren des GR, ich eröffne die heutige GR-Sitzung und begrüße Sie sehr herzlich. Ich stelle fest, daß sie ordnungsgemäß einberufen wurde, daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist und gebe bekannt, daß mir als Protokollprüfer die Gemeinderäte Fuchs und Bachner gemeldet sind. Nehmen die Herrschaften diese Funktion an? Danke sehr. Entschuldigt haben sich die Gemeinderäte Franz Rohrauer, Felicitas Bauer und Klaus Jansky.

Ich darf Ihnen mitteilen, daß der GR-Tagesordnungspunkt 21) ("Platzbenennung nach Prof. Jörg Reitter") aus dem Referat von Hr. StR Ing. Schloßgangl in der Sitzung des Finanz- und Rechtsausschusses vom 19. 4. 1993 zurückgestellt wurde. Gemäß § 19 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den GR der Stadt Steyr kann mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Stimmberechtigten ein Verhandlungsgegenstand von der Tagesordnung abgesetzt werden. Es wurde dergestalt diskutiert, daß der Fall "Straßen- bzw. Platzbenennung von Marlene Haushofer" noch nicht geschehen ist - wir hatten dieses Thema schon einmal im GR und es war einhellig die Meinung vorhanden, daß man zunächst über Haushofer beraten sollte und dann über Prof. Reitter. Wir sollten in Ruhe beraten und dann beide Fälle einer Erledigung

zuführen. Ich ersuche Sie, meine Damen und Herren des GR, dieser Absetzung von der Tagesordnung zuzustimmen und ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke sehr. Gegenprobe?

Stimmenthaltungen? Keine. Somit ist ein einstimmiger Beschluß zu protokollieren, und der Tagesordnungspunkt 21) ist abgesetzt. Nun zu Punkt Nr. 2) "BEHANDLUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN". Mit Schreiben vom 13. 4. ist von den Gemeinderäten Fürweger und Payrleithner eine Anfrage an mich ergangen.

"Sehr geehrter Hr. Bürgermeister! Gem. § 12 Abs. 2 des Stadtstatutes der Stadt Steyr richten wir folgende schriftliche Anfrage an Sie:

Am 17. 12. 1992 wurde der von der FPÖ-Fraktion eingebrachte Antrag zur Wiedererrichtung eines Polizei-Wachzimmers im Stadtteil Steyrdorf und einer vermehrten Kontrolle in feuerpolizeilicher, baurechtlicher und sanitätsrechtlicher Hinsicht im Stadtteil Steyrdorf mehrheitlich beschlossen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wann ist nun mit der Realisierung der Wiedererrichtung eines Steyrdorf-Polizei-Wachzimmers zu rechnen? Wieviele Kontrollen wurden in feuerpolizeilicher, baurechtlicher und sanitätsrechtlicher Hinsicht in Steyrdorf seit dem 17. 12. 1992 durchgeführt und wieviele Beanstandungen gab es in den jeweiligen Bereichen?

Wir ersuchen Sie, diese Anfrage bei der nächsten GR-Sitzung zu beantworten."

Zur Anfrage betreffend die Wiedereinrichtung eines Polizeiwachzimmers im Stadtteil Steyrdorf kann ich berichten, daß eine diesbezügliche Anfrage - neben dem Schreiben, das ich an Hr. BM für Inneres, Dr. Franz Löschnak, gerichtet habe - auch im Parlament gestellt wurde. Dr. Löschnak hat zu dieser Anfrage im NR festgestellt, und ich darf dies auch dem GR mitteilen, daß ihm die Forderung nach der Wiedereinrichtung eines Wachzimmers im Stadtteil Steyrdorf seit längerem bekannt ist - nämlich durch mein Schreiben - und er deshalb eine Prüfung der Angelegenheit durch die zuständige Fachabteilung veranlaßt hat. Hierbei kam zu Tage, daß die Errichtung eines zusätzlichen Wachzimmers nur bei massiver Personalaufstockung sinnvoll erscheint, und er eine Vermehrung der Planstellen der Bundespolizeidirektion Steyr für 1994 nicht berücksichtigen kann, da in anderen Bereichen der Personalmangel im Hinblick auf die hohe Kriminalitätsrate viel gravierender ist (er nannte in diesem Zusammenhang die Beispiele Wien, Salzburg, Innsbruck).

Sehr geehrte Gemeinderäte Fürweger und Payrleithner! Ich kann Ihnen daher beim besten Willen nicht sagen, wann hier eine Realisierung dieser Vor-

stellung, die wir ja gemeinsam unterstützen, möglich erscheint! Sie sehen, daß sich sogar das Hohe Haus mit dieser Materie zwischenzeitlich beschäftigt.

Zu den feuerpolizeilichen, baurechtlichen und sanitätsrechtlichen Kontrollen im Stadtteil Steyrdorf kann ich Ihnen mitteilen, daß von den insgesamt in Steyrdorf vorhandenen 405 Bauobjekten 208 Objekte als vorrangig zu überprüfende Problemobjekte festgestellt wurden. Bis zum 21. 4. 1993 waren von diesen 208 Objekten 119 baupolizeilich, feuerpolizeilich und sanitätsrechtlich überprüft. Für die restlichen Objekte ist eine Überprüfung bis Ende Juni 1993 vorbereitet.

In baurechtlicher und baupolizeilicher Hinsicht kann festgestellt werden, daß 58 Objekte mit Mängel und 61 Objekte ohne Mängel vorgefunden wurden. In feuerpolizeilicher Hinsicht muß gesagt werden, daß 114 Objekte (114 von insgesamt 119 überprüften Objekten!) mit Mängel und 5 Objekte ohne Mängel vorgefunden werden konnten.

Diese Überprüfung wurde sehr gründlich durchgeführt; wofür auch - glaube ich - unser GR Oskar Holub einen Beweis erbringen kann. Er war nämlich auch mit einer solchen Überprüfung konfrontiert!

In sanitätspolizeilicher Hinsicht wurden vom Amtsarzt keine Verhältnisse vorgefunden, die ein polizeiliches Einschreiten notwendig gemacht hätten.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Haben Sie das wegen mir veranlaßt?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Nein, alle! Das wird doch wohl nicht unter Datenschutz stehen? Ein Mandatar steht nie unter Datenschutz! Also, er hat Berufung eingelegt. Ich wollte Sie nur als Zeugen haben, daß diese Überprüfungen wirklich stattgefunden haben und wir uns bemühen, auch das, was wir im GR beschließen, tatsächlich in die Praxis umzusetzen!

Zu Punkt 3) "MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS" darf ich zunächst zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage sagen, daß sich diese leicht verbessert hat. Natürlich ist das in Anbetracht der Saisoneinflüsse zu verstehen. Die Bausaison ist "angesprungen" und es gibt hier eine leichte Verbesserung bei den absoluten Zahlen. Die Konjunktur hat die Talsohle noch lange nicht erreicht. Die Meldungen über Insolvenzen und Betriebseinschränkungen etc. reißen leider nicht ab und lassen für die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl noch eine erhebliche Steigerung erwarten.

Zu Monatsende waren im Bezirk Steyr 3.780 Personen arbeitslos vermerkt. Gegenüber dem Vormonat hat sich diese Zahl um 160 Vorgemerkte oder 4,1 % verringert. Die Arbeitslosenquote ging dadurch um 0,4 Pro-

zentpunkte auf 9,1 % zurück.

Der anhaltende negative Trend auf dem lokalen Arbeitsmarkt zeigt sich besser im Jahresvergleich. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen nahm absolut um 824 Personen zu, d. s. + 27,9 % oder in Form der Arbeitslosenquote ein Plus von 1,9 %. Das ist eine sehr dramatische Entwicklung.

Am Lehrstellenmarkt ist die Situation deutlich besser. Es ist so, daß genügend gemeldete offene Lehrstellen vorhanden sind. Ich möchte in diesem Zusammenhang noch etwas berichten. Zwei junge Leute, Manager, die sozusagen am Beginn ihrer Laufbahn stehen, möchten aus dem Werkzeugbau (der in der SDP AG geschlossen werden soll) einen neuen Betrieb machen - am Anfang mit 12 Beschäftigten. Und weiters einen Modellbau-Betrieb (Modelltischler) mit zunächst vier Beschäftigten. Wir haben ihnen signalisiert, daß wir entsprechend dem Vertrag, den wir mit der SDP AG bis Ende 1994 haben, diese Räumlichkeiten zur Verfügung stellen, damit diese jungen Leute ihre Betriebe gründen können. Wir haben auch angeboten, daß wir ihnen behilflich sind, ein neues Quartier zu beschaffen, wenn sie 1994 ausziehen müssen.

Ich darf dem GR weiters berichten, daß wir ein Kaufanbot für das "Stadtgut Steyr" an die Realtreuhand-Immobilien

GesmbH. abgegeben haben. Das "Stadtgut Steyr" wurde angeboten, es umfaßt insgesamt 116 ha und die Realtreuhand-Immobilien GesmbH. hat sich bemüht, dieses Areal zu verkaufen. Nach Rücksprache mit unserem Stadtentwicklungsplaner, Prof. Dr. Breitling, (der absolut befürwortet, daß wir dieses Grundstück ankaufen) haben wir dieses Anbot gemacht. Wir meinen, daß hier ordnungspolitische Überlegungen Platz greifen sollten, damit der Stadt auch in Zukunft eine geregelte Entwicklung im Norden gesichert ist. Wir sind der Meinung, daß in diesem Ausdehnungsbereich eine behutsame Vorgangsweise angebracht ist; es ist ein Naherholungsgebiet und wir wollen auf jeden Fall verhindern, daß sozusagen "Spekulanten" hereinkommen u. Entwicklungen eintreten, die der zukünftigen Entwicklungsmöglichkeit der Stadt im positiven Sinn entgegen gesetzt sind. Ich meine, daß es eines der letzten Naherholungsgebiete ist, und daß es auch hier im Zusammenhang mit dem Bau der Nordspange und der Trassierung von aller größter Bedeutung ist; ich gehe davon aus, daß wir zu einer einhelligen Auffassung auch hier im GR kommen - das Anbot von uns ist natürlich vorbehaltlich der Zustimmung im StS oder im GR gemacht worden. In den Zeitungen stehen schon von der Realität divergierende Zahlen - ich muß hier vielleicht

einschränkend bemerken, daß 200 Millionen S wahrscheinlich zu viel sind, die geboten wurden; 20 Millionen S wären hingegen zu wenig. Ich möchte das nicht näher ausführen.

Besonders im Hinblick auf den anwesenden Koll. GR Payrleithner möchte ich sagen, daß der Schrottplatz geräumt ist. Es wäre an der Zeit, Hr. Kollege, wieder einmal hinzugehen und sich von der Kronen Zeitung fotografieren zu lassen. Das sieht jetzt sehr nett aus und der Schandfleck ist beseitigt.

GEMEINDERAT HANS PAYR-LEITHNER:

Ich werde nicht anstehen, das positiv zu bemerken!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Dann gibt es noch eine Entwicklung, die mich eigentlich sehr beunruhigt. Die hohen EG-Behörden greifen nämlich sehr ins Geschehen ein und haben jetzt die Geschäftsleitung der Steyr Nutzfahrzeuge AG sehr konkret aufgefordert, die Förderungen, die vom Bund, vom Land und von der Stadt beschlossen und zum Teil auch bezahlt wurden, zurückzuzahlen. Ansonsten ist hier die Androhung vorhanden, daß ein Strafzoll verordnet wird. Dies würde natürlich die Konkurrenzsituation des Unternehmens schwer beeinträchtigen.

Man muß sich also vorstellen, daß dann möglicherweise die MAN

München diese Montage der Mittelklasse-Fahrzeuge an sich ziehen würde, was in Steyr direkt zu einer Situation führen würde, daß die Montagehalle nicht ausgelastet wäre und 400 Arbeitsplätze definitiv gefährdet erscheinen würden.

Ich meine, daß sich Österreich hier auf einen klaren Standpunkt stellen muß, daß diese Förderungen vor EWR und vor Aufnahme der Verhandlungen über einen Beitritt zur EG stattgefunden haben und daß es eigentlich vorauseilender Gehorsam wäre, würde man sich hier diesen Positionen anschließen.

Ich habe Hr. Sozialminister Josef Hesoun sofort einen Brief in diese Richtung geschrieben, weil er mit der SNF AG der verhandelnde Minister auf Bundesebene war. Er wurde von mir gebeten, direkt in dieser Frage zu intervenieren. Nachdem Hr. Vbgm. Dr. Pfeil (mit ihm waren auch StR Schloßgangl und Vbgm. Sablik) bei Minister Klima und bei LR Pühringer in seiner Eigenschaft als Verkehrsreferent um Termine gebeten hat, betreffend die Westbahn über Steyr, möchte ich ihn bitten, daß er vielleicht in der Aktuellen Stunde dem GR kurz über diese Vorsprachen und Bemühungen, die Verkehrssituation in unserer Stadt zu verbessern, einen kleinen Bericht bringt.

Berichten möchte ich noch, daß sich der neu zusammengesetzte Gestaltungsbeirat in Zusammen-

hang mit der Vorstellung der 4 Architekten-Modelle, betreffend die Bahnhofs-Überbauung, für eine Präferenz des Projektes "Arch. Falkner" ausgesprochen hat. Der Gestaltungsbeirat hat dies deswegen gemacht, weil er meint, dies sei das dezenteste Modell. Wir haben nunmehr das Architektur-Zivilingenieur-Büro Dipl.-Ing. Wilhelm Spirk gebeten, eine Überprüfung zu machen, inwieweit dieses Projekt auch tatsächlich das Verkehrsproblem löst. Das ist ja der Ausgangspunkt dafür, warum wir ein solches Projekt überhaupt machen wollen. Das muß also erfüllt werden, und es muß mit dem dafür vorgesehenen 80 Mill. S-Finanzrahmen bewerkstelligt werden können.

Es hat sich also gezeigt - im letzten Bauausschuß ist das von Ing. Haslinger berichtet worden -, daß hier deswegen gewaltige Probleme auftreten, weil die Damberggasse als eine Zufahrt vorgesehen wäre. Sie ist jene Straße, die sozusagen die wenigste zusätzliche Kapazität aufweist, und es würde eine Reihe von weiteren Kriterien geben - z. B. die nicht vorhandene Möglichkeit, daß man Bundesbusse (also Regionalbusse) mit den städt. Bussen sozusagen in Übereinstimmung bringt, daß eben in unserem Sinne eine Regelung möglich ist. Der Bauausschuß hat nun einstimmig beschlossen, das Projekt von Dipl.-Ing. Schmid weiter zu verfolgen. Gemeinsam mit der

Bundesbahn soll weiter geplant werden, um im vorgesehenen Zeit- und Finanzrahmen zu versuchen, das Projekt baureif zu machen. Jedenfalls muß das Kriterium "Regelung unseres Verkehrsproblems" Priorität haben; gefolgt von dem zweiten Kriterium - nämlich der Finanzrahmen, der uns vom Bund, vom Land und mit unserer Finanzleistung mit 80 Mill. S vorgegeben ist, muß eingehalten werden.

Im Bauausschuß wurde einvernehmlich die Meinung vertreten - wir hatten eine sehr eingehende Diskussion -, daß die funktionelle Lösung auf jeden Fall zu präferieren ist.

Meine Damen und Herren, das waren die Berichte. Unter Tagesordnungspunkt 4) darf ich um "KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STS" bitten. Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen StS-Sitzungen an alle GR-Mitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt der GR-Einladung bei. Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 5) "VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE" - ich ersuche Koll. Sablik, den Vorsitz zu übernehmen, um meine Anträge zu stellen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche um Vortrag des ersten Punktes.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR! In meinem ersten Antrag soll eine Kostenbeteiligung der Stadt beim Betriebsabgang der Steyrer Schwimmschule für das Jahr 1992 gewährt werden. Es ergeht der Antrag des StS an den GR:

1) ÖAG-410/80

Kostenbeteiligung d. Stadt beim Betriebsabgang der Schwimmschule f. d. Jahr 1992.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bgm. vom 8. März 1993 wird der SDP AG zur Kostenabdeckung des Verlustes beim Betrieb der Schwimmschule im Wehrgraben für das Betriebsjahr 1992 gem. der 1993 geschlossenen Vereinbarung zw. der SDP AG, der SNF AG und der Stadt Steyr der 1/3-Anteil des insgesamten Fehlbetrages, d. s. für die Stadt Steyr für das Jahr 1992 S 125.388,--, als einmalige, nicht rückzahlbare, ao. Subvention gewährt.

Die Bedeckung der Ausgabe erfolgt bei der VAST. 5/7820/776010.4.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, darüber zu debattieren bzw. eine Beschlußfassung herbeizuführen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wer wünscht zu diesem Punkt das Wort? Niemand. Dann bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen. Danke. Wer ist dagegen? Niemand. Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmigkeit ist zu protokollieren. Ich bitte um den nächsten Punkt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Der zweite Antrag sieht den Ankauf eines Computers für einen Arbeitsplatz vor, der für Kanalangelegenheiten benötigt wird. Der Antrag lautet:

2) GHJ1-1/93

Ankauf eines ACAD-Arbeitsplatzes für Kanalangelegenheiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MD/EDV v. 11. 3. 1991 wird folgender Antrag vergeben:

Fa. GAS, Steyr: 1 Stk. Personal-Computer geeignet als CAD-Arbeitsplatz für Kanalbau excl. MWSt. S 125.000,--.

Fa. GD-Data, Schwertberg: Folgelizenz für AutoCAD 12.0 für Kanalbau excl. MWSt. S 56.500,--.

Zur Bedeckung der für die Hardware erforderlichen Mittel in Höhe von S 125.000,-- wird eine Kreditübertragung in der Höhe von

S 125.000,--  
(einhundertfünf-  
undzwanzigtausend)

von VSt. 5/0160/043000.0 auf 5/8110/043000.7 bewilligt. Die Bedeckung dieser VSt. hat durch die VSt. 5/0160/043000.0 zu erfolgen. Zur Bedeckung der für die Software erforderlichen Mittel in Höhe von S 56.500,-- wird eine Kreditübertragung in der Höhe von

S 56.500,--  
(sechshundertfünfzig-  
tausendfünfhundert)  
von VSt. 5/0160/728800.5 auf 5/8110/728800.2 bewilligt. Die Bedeckung dieser VSt. hat durch die VSt. 5/0160/728800.5 zu erfolgen.

Ich bitte Sie, auch darüber zu debattieren und diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wer wünscht das Wort? Niemand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Nicht der Fall. Wer ist dafür? Danke. Stimmenthaltung? Keine. Einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Der nächste Antrag betrifft eine Gewerbeförderung für die Fa. BMD - Bürocomputer mittlerer Datentechnik. Diese Fa. hat ihren Sitz gegenwärtig noch in Neuzeug. Es handelt sich hier um eine Betriebsansiedlung in Steyr. Es ergeht der Antrag des StS an den GR:

3) Ge-1300/91

Fa. BMD - Bürocomputer  
mittlerer Datentechnik  
Vertriebsgesellsch. mbH.,  
Burgstallstraße 13, 4523  
Neuzeug; Gewerbeförderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA II vom 2. 4. 1993 wird der Fa. BMD - Bürocomputer mittlerer Datentechnik VertriebsgesmbH., Burgstallstr. 13, 4523 Neuzeug, für ihre Investitionen anlässlich ihrer Standortverlegung von Neuzeug nach Steyr folgende Gewerbeförderung gewährt:

a) Für einen bei der Raiffeisenkasse Sierning aufgenommenen Kredit in der Höhe von 10 Mill. S werden für einen Betrag von 9 Mill. S die Hälfte der Zinsen für die Dauer von 3 Jahren refundiert.

b) Die mit Schreiben der MA XI v. 1. Oktober 1992, Bau2-3791/92, bekanntgegebenen Anliegerleistungen in der Höhe von S 135.408,-- werden ebenfalls refundiert.

Dies entspricht einer Gewerbeförderung von insgesamt ca. S 1,135.000,-- verteilt auf 3 Jahre. Für d. Rechnungsjahr 1993 werden zu diesem Zweck bei VAST. 5/7820/756000.9 und bei VAST. 5/7820/776010.4 S 136.000,-- freigegeben.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wünscht jemand dazu das Wort? Nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist dafür? Danke. Wer ist dagegen? Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht der Fall. Einstimmig. Nächster Punkt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Der nächste Antrag betrifft die Überdachung der Kunsteisbahn. Im speziellen eine Auftrags-erhöhung und die Mittelfreigabe für 1993. Es ergeht der Antrag des StS an den GR:

4) Bau5-5804/85  
Überdachung Kunsteisbahn;  
Auftragserhöhung; Mittel-  
freigabe 1993.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 30. 3. 1993 wird der Auftragserhöhung für die Überdachung der Kunsteisbahn in Höhe von S 514.709,65 auf insgesamt S 13,939.282,16 zugestimmt.

Zum genannten Zweck sowie zur Restabwicklung des Bauvorhabens werden Mittel in Höhe von

S 4,210.500,--  
(viermillionenzweihun-  
dertzehntausendfünfhundert)  
bei VAST. 5/2621/010000.8  
freigegeben.

Ich bitte Sie, auch diesem Antrag zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Sie haben den Antrag gehört - wer wünscht dazu das Wort? Hr. StR Eichhübl bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bgm., meine Damen und Herren des GR! Ich möchte diesen vorliegenden Antrag zum Anlaß nehmen, um noch einmal auf die grundsätzliche Ablehnung der Freiheitl. GR-Fraktion im Zusammenhang mit der Überdachung der Kunsteisbahn zurückzukommen und dies auch noch einmal kurz begründen. Nicht zuletzt deshalb, weil ja die Haltung der Freiheitl. GR-Fraktion in der Öffentlichkeit so dargestellt wurde, als wäre sie nicht nur sportfeindlich, sondern betreibe im übrigen lediglich Opportunismus.

Daher, meine Damen und Herren des GR, darf ich Sie daran erinnern, daß wir von der Freiheitl. GR-Fraktion am 17. 12. 1991 bei der Beschlußfassung zum Budget - dabei ist es auch um die Überdachung der Kunsteisbahn gegangen - einen Abänderungsantrag eingebracht haben, der u. a. auch eine Umschichtung dieser Gelder beinhaltet hat. Wir haben dort die Auffassung vertreten - ich selbst habe dazu gesprochen -, daß man im Bereiche der Sanierung von Freizeiteinrichtungen doch Prioritäten setzen müßte. Das zum einen.

Zum anderen wurde auch die Standortfrage nicht nur von uns

kritisiert, die im übrigen durch diese Überdachung, durch diese gewaltige Investition sicherlich für die nächsten Jahrzehnte dort einzementiert ist.

Zum dritten ist es uns auch um den techn. Zustand dieser Anlage, die ja seit mehreren Jahrzehnten in Betrieb ist, gegangen. Es wird über kurz oder lang die nächste Investition auf uns zukommen, was die Kälteanlage betrifft. Aber hier möchte ich gar nicht näher ins Detail eingehen. Auch zuletzt hat sich der Ruf nach dem Gest. beirat von der Freiheitl. Seite her - wie ich jetzt feststellen konnte, vielleicht einige andere auch - doch als gerechtfertigt erwiesen. Im Hinblick darauf und unter Betrachtung dieser Umstände, die ich eben geschildert habe, wird es von der Freiheitl. GR-Fraktion Stimmenthaltung bis Gegenstimme geben.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Sind weitere Wortmeldungen erwünscht? Das ist nicht der Fall, dann bitte ich den Bgm. um sein Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Weitgehend möchte ich Koll. Eichhübl recht geben - man muß Prioritäten setzen. Ich darf sagen, daß wir das eigentlich getan haben in der Vergangenheit und daß im Frühjahr 1990 die Prioritäten für die Errichtung von Freizeitanlagen von mir vorgeschlagen wurden. Nr. 1 - Sa-

nierung des Hallenbades; Nr. 2 - Überdachung der Kunsteisbahn; Nr. 3 - Errichtung einer Dreifach-Turnhalle oder einer Bezirks-sporthalle.

Diese Vorgangsweise ist allerdings gerade von Dir, lieber Freund, in einer sehr intensiven Weise konterkariert worden. Ich darf Dich doch daran erinnern, daß Du insgesamt 1.200 Unterschriften auf den Tisch des Hauses gelegt und gemeint hast, daß die Renovierung und Restaurierung des Hallenbades ein Prestige-Projekt von mir sei. Mittlerweile ist also - das habe ich schon einmal gesagt - aus dem Saulus Eichhübl ein Paulus Eichhübl geworden. Du hast gesehen, daß Du mit dem "Kübel" in der Hand die Sickerwässer auffangen muß und daß Dir das auf die Dauer zu viel wird. Daher bist Du jetzt auch derselben Meinung - zwar etwas später -, die wir damals vertreten haben, daß das Hallenbad eigentl. Priorität haben sollte!

Wir sind nur so vorgegangen, wie es in der Praxis üblich ist. Nachdem das Hallenbad nicht möglich war, haben wir das zweitgereichte Projekt "Kunsteisbahn-Überdachung" genommen. Ich bin froh, daß wir soweit sind und darf Sie jetzt schon freundlich zur gleichenfeier einladen, die Ende Mai stattfinden wird. Ich bin überzeugt, daß Sie dort dabei sein werden!

Daß bei der Kälteanlage Probleme auftreten, mag sein, ist aber nicht

im Zusammenhang mit der Überdachung zu sehen. Das wäre ohnehin auf uns zugekommen. Ich behaupte sogar noch früher! Weil wir uns doch hier versprechen - das sagen die Techniker übereinstimmend -, daß eine im Schatten befindliche Eisfläche durch die Kälteanlagen leichter zu erzeugen ist, als eine in der Sonne. Daher hoffe ich, daß wir durch diese Überdachung sogar die Lebensdauer der Kälteaggregate verlängern können und daß es auch zu Energie-Einsparungen kommen wird. Insgesamt also auch eine wirtschaftl. zu begründende Investition.

Der Gest.-beirat hatte für die Freiheitl. Partei nur eine Notbremsen-Funktion. Der ist nämlich erst als "Nachbrenner" ganz zum Schluß gekommen. Vorher wurde der Gest.-beirat jedenfalls nicht strapaziert.

Ich meine, wir haben uns sehr konstruktiv auseinandergesetzt - jetzt ist dieses Projekt in der Endfassung. Ich bin als Sportreferent sehr froh darüber. Wir sollten uns jetzt miteinander auf das nächste Projekt konzentrieren, Hr. Kollege, nämlich auf die Sanierung des Hallenbades. Ich erwarte ja im Mai die Grobplanung über das Sanierungsprojekt vom "Team M"; von diesem neuen Planungsbüro, das ich beauftragt habe, eine Planungsunterlage vorzulegen, die es ermöglicht, ein Projekt mit einem Gesamtumfang

von max. 80 Mill. S zur Realisierung zu bringen.

Wir müssen uns gemeinsam an ein Projekt annähern, das auch finanzierbar ist. Es hat keinen Sinn, hier irgendwelchen Vorstellungen nachzujagen, die niemals in die Realität umgesetzt werden können. Ich hoffe, daß wir vielleicht im Gleichschritt bei der Realisierung dieses wichtigen Projektes unterwegs sein werden, Hr. Kollege.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Wenn wir das Geld dazu haben, bestimmt!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Jetzt hoffe ich, daß die Vorlage "Kunsteisbahn-Überdachung" eine breite Mehrheit findet.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Wer ist dagegen? 4 Gegenstimmen (2 FP, 2 GAL). Stimmenthaltungen? 6 Enthaltungen (FP).

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Der nächste Punkt betrifft die Errichtung des Kommunalzentrums an der Ennser Straße. Es ergeht der Antrag des StS an den GR:

5) Bau5-201/93

Errichtung eines Kommunalzentrums an d. Ennster Str.;

Vergabe d. Planungs- u. Bauleitungstätigkeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Baudirektion und der Projektgruppe vom 5. 4. 1993 wird der Vergabe der Planungs- und Bauleitungstätigkeiten für das Kommunalzentrum wie folgt zugestimmt:

1. Bauplanung und Bauleitung: DI Girking, Steyr; S 3,116.262,-- excl. MWSt., S 3,739.514 incl. MWSt.

2. Elektroinstallation - Projektierung und Bauleitung: TB Hafergut, Dietach; S 311.589,-- excl. MWSt., S 373.907,-- incl. MWSt.

3. Heizungs- und Sanitärinstallation - Projektierung und Bauleitung: TB Scharoplan, Linz; S 532.285,-- excl. MWSt., S 638.742 incl. MWSt.

Zum genannten Zweck wird eine vorläufige Mittelfreigabe in Höhe von

S 1,900.000,--

(einmillionneunhunderttausend) bei VSt 5/0290/010100.2 (Gebäude) genehmigt.

Ich bitte, diesen Betrag heute freizugeben.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wer wünscht dazu das Wort? Niemand, also kommen wir zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dafür sind. Danke. Wer ist dagegen? Niemand. Stimment-

haltungen? Keine. Einstimmig beschlossen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Der nächste Antrag betrifft den Ankauf von Soft- und Hardware für den weiteren Ausbau der EDV im Alten- und Pflegeheim Tabor. Es ergeht der Antrag des StS an den GR:

6) GHJ1-92/92

Ankauf von Soft- und Hardware für den weiteren Ausbau der EDV im APT.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MD/EDV vom 30. 3. 1993 wird folgender Auftrag vergeben:

Fa. KufGem., Kufstein: 3 Stk. WfW Add-on starter KIT, "F&A" 4.x Netzwerklizenzen incl. Installation: S 67.944,--

Fa. DIGITAL, Linz: 5 PC's 486/33, 4 MB HS, 170 MB HD excl. MWSt: S 149.950,--

Zur Bedeckung der f. d. Hardware erforderlichen Mittel in Höhe von S 150.000,-- wird eine Kreditübertragung in der Höhe von S 150.000,--

(einhundertfünfzigtausend) von VAST. 5/0160/043000.0 auf 5/4200/043000.0 bewilligt. Die Bedeckung dieser VAST. hat durch die VAST. 5/0160/043000.0 zu erfolgen.

Zur Bedeckung d. f. die Software erforderlichen Mittel in Höhe von S 68.000,-- wird eine Kreditübertragung in der Höhe von S 68.000,--

(achtundsechzigtausend) von VAST. 5/0160/728800.5 auf 5/4200/728000.2 bewilligt. Die Bedeckung dieser VAST. hat durch die VAST. 5/0160/728800.5 zu erfolgen.

Ich bitte, auch hier die Zustimmung zu gewähren.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wortmeldungen dazu? Keine. Wer ist dafür? Danke. Gegenstimmen? Keine. Stimmenthaltungen? Ebenfalls keine. Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Bgm. für seinen Vortrag und gebe den Vorsitz wieder zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Koll. Vbgm. Sablik das Wort für seine Anträge.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen 3 Anträge vorzulegen. Der erste betrifft den Abschluß eines Vertrages mit dem Oö. Altpapier-Verwertungsverein. Früher waren wir selbständige Altpapiersammler; über Initiative des Landes werden jetzt alle privaten Sammler und das Landes-Abfallverwertungs-Unternehmen (LAVU) in einen Altpapierverwertungs-Verein zusammengefaßt, mit dem wir jetzt diesen Vertrag abschließen sollen.

Steyr hat derzeit ein Netz von 323 Sammelcontainern, in denen im Vorjahr 1.919 t Altpapier gesammelt wurden. Wir liegen also im Spitzenfeld der oö. Sammler. Bisher mußte die Stadt für die Entsorgung 36 Groschen/kg zuschießen; jetzt müssen wir ein Risiko übernehmen, denn verrechnet werden 79 Groschen/kg abzüglich des Verkaufserlöses, den die Abfallverwertung erzielen kann.

#### 7) ÖAG-1/93

Abfallwirtschaft  
Altpapiersammlung; Abschluß eines Vertrages mit dem Oö. Altpapier-Verwertungsverein (APV).

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA XII vom 18. März 1993 wird der Annahme der Vereinbarung zur Altpapiersammlung zw. der Stadt Steyr und dem Oö. Altpapier-Verwertungsverein (APV) mit Wirkung vom 1. 1. 1993 zugestimmt.

(BEILAGE)

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Vertrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Zu diesem Antrag hat sich Hr. Koll. Lengauer gemeldet.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Herren Bgm., sehr geehrte Damen und Herren des

GR! Ich möchte nur eine kleine Ergänzung zu den Unterlagen, die wir für diesen Antrag bekommen haben, mitteilen. Dankenswerterweise haben wir Sammelergebnisse mitgeteilt bekommen. Ich möchte - weil ich Nachbar bin, weil ich es sehe und weil ich einfach auch meine, daß es gut ist - darauf hinweisen, daß sich auch andere um Müllbewältigung und um Motivation der Steyrer Bürger bemühen. Ich möchte also nur ein paar Zahlen zur Ergänzung sagen.

Und zwar der Arbeit des Fachausschusses "Mission und 3. Welt der Pfarre St. Anna". Ich nehme zum Vergleich nur das Jahr 1990. Wenn hier von der Stadt 1.568 t Altpapier gesammelt wurden, so hat St. Anna in der gleichen Zeit 221 t Altpapier gesammelt. Beim Glas im Jahr 1990: 579 t die Stadt, 140 t St. Anna. Bei den Kunststoffdingen, Styroporflocken: 98 m<sup>3</sup>; Blech hat St. Anna nicht gesammelt, aber dafür Aluminium: 2 t im Jahr 1990.

1991 und 1992 hat St. Anna die Papiersammlung aufgegeben, weil das Einsammeln und Wegbringen zu teuer gekommen ist. Die Stadtgemeinde Steyr hat noch eine Subvention gegeben, sodaß der letzte Rest noch weggebracht werden konnte, aber 1991 und 1992 mußte das Papiersammeln aufgegeben werden. Glas und alle anderen Dinge wurden weiter gesammelt. 1992 z. B. 135 t Glas, 46 m<sup>3</sup>

Styroporflocken und 2 t Aluminium.

Ich wollte hier nur einige Zahlen anmerken und in Erinnerung rufen, daß auch von der Pfarre St. Anna großes geleistet wird. Wann wird das gemacht? Immer an einem Dienstag und Mittwoch nachmittag. Wenige Sachen werden von den Leuten selbst gebracht, die meisten Dinge holt der Pfarrer von St. Anna Dienstag und Mittwoch von überall her zusammen. Ich danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke vielmals - gibt es noch weitere Wortmeldungen? Nicht der Fall, dann bitte ich um das Schlußwort des Referenten.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Das ist eine sehr dankenswerte Initiative der Pfarre, und ich habe dem Pfarrer von St. Anna schon mehrmals meine Hochachtung ausgesprochen. Er hat natürl. einen großen Vorteil gegenüber einer städt. Sammel-einrichtung, d. s. die vielen freiw. Helfer, die zum Zwecke des guten Gelingens der Missionsarbeit ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen.

Auch ich stelle in meinem Haus beispielsweise Braunflaschen, die den höchsten Preis erzielen, zur Seite, weil sie der Pfarrer von St. Anna in unserem Haus abholen läßt. Das bringt natürl. den höchsten Preis. Er ist ein geschickter Mann und verfolgt

den Altpapier-Markt genauso wirtschaftl., wie es auch die Stadt tut. Da haben wir eben gemerkt, daß wir 1991 und 1992 dazu zahlen mußten und früher Geld für Papier erhalten haben. Natürl. hat er aus wirtschaftl. Gründen die Sammlung eingestellt; wir sind aber froh, wenn das Glas nicht eingeschmolzen, sondern zurück zu den Weinbauern kommt. Dazu braucht man natürl. Leute, die die 0,7 l-Flaschen Steinfeder unterscheiden von einer 1 l-Flasche oder von einem Doppler und das ganze fein säuberlich sortieren.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Ich habe gehört, daß gerade im Bereich Gleink, beim Koll. Straßer größere Mengen abzuholen wären. Ich möchte Sie bitten, den Hr. Pfarrer auch dort hinzuschicken - Pater Mair macht das nämlich nicht!

Spaß beiseite! Wenn Sie den Akt gelesen haben, haben Sie gesehen, daß es sich hier um vorsortiertes Papier handelt. Unsortiertes Papier, welches ja in unseren Containern liegt, erzielt ja nicht diesen Preis. D. h., wir haben ein noch höheres Defizit zu erwarten, als hier ausgewiesen. Die Papierindustrie überschüttet uns mit Glanzfotos, die mit Schwermetallen in der Farbe behaftet sind - diese nimmt überhaupt niemand! In Steyrer-

mühl wird ungefähr 1/3 des gesammelten Papiers aussortiert und in die dortige Müllgrube geschüttet - zwecks Deponierung. Aus Italien, Polen und Ungarn erhalten sie fast unbedrucktes, sortiertes Papier um 15 Groschen zugestellt. Auch hier sehen wir den Preisdruck, der aus dem Osten durch die billigen Arbeitskräfte auf die österr. Papierindustrie miteinwirkt, schlechte wirtschaftl. Ergebnisse zu fabrizieren. Trotzdem bitte ich Sie, diesem Vertrag Ihre Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEIT-  
THENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung - wer ist gegen diesen Vertrag? Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Alle sind dafür - einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SAB-  
LIK:

Der nächste Akt beinhaltet die Mittelfreigabe für die Problem-  
müllsammlung in einer Summe.

8) ÖAG-4/93

Abfallwirtschaft

Problemmüllsammlung  
für das Jahr 1993.

Der Gemeinderat wolle beschlie-  
ßen:

Aufgrund des Amtsberichtes der  
MA XII vom 18. März 1993 wird  
zur ordnungsgemäßen Abwick-  
lung der Problemmüllsammlung  
für das Jahr 1993 einer

Mittelfreigabe im Ausmaß von S  
3,000.000,-- zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden  
die Mittel im Ausmaß von

S 3,000.000,--

(dreimillionen)

bei der VASSt. 1/8130/728100.4  
freigegeben.

Ich ersuche Sie, diese 3 Mill. S  
mit Beschluß freizugeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:

Wird dazu eine Wortmeldung  
gewünscht? Das ist nicht der Fall,  
wir kommen daher gleich zur  
Abstimmung. Wer für den  
Antrag ist, den ersuche ich um  
ein Zeichen mit der Hand. Danke.  
Ist jemand gegen diesen Antrag?  
Nicht der Fall. Stimmenthaltung  
wird nicht geübt. Der Antrag ist  
einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SAB-  
LIK:

Der Mülldeponie entstehen un-  
heimlich große Mengen Me-  
thangas, die nicht nur unser  
Ozonloch in der Atmosphäre  
vergrößern, sondern auch sonst  
gefährliche Explosionsstoffe dar-  
stellen, die wir aber verwerten  
könnten. Als Ursprung dieser  
Verwertung ist die Entgasung  
anzusehen, wobei diese schon  
funktioniert, wenn Sie das  
Amtsblatt der Stadt Steyr  
gelesen haben. Allerdings mit der  
bitteren Pille, daß wir das Gas  
noch verbrennen müssen, damit  
es nicht zur Explosion kommt.

Wir erhalten jetzt vom Schüttabschnitt II - dann kommt noch der III. und der IV. - Gas und müssen das einfangen und ableiten.

9) ÖAG-4766/88

Müllabfuhr  
Mülldeponie - Entgasungs-  
anlage; Deponiegassicherg.  
und -reinigung; Errichtung  
von Gasbrunnen im Schütt-  
abschnitt II; Zusatzauftrag  
Errichtung d. Regelstellen;  
Projektierung der Deponie-  
gasreinigungsanlage.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III/RHV vom 16. 3. 1993 wird der Auftrag zur Errichtung der Regelstationen samt Brunnenköpfe auf der Städt. Mülldeponie an die Fa. ASA Süd, Abfallserviceholding GesmbH., Straucherg. 18, 8020 Graz, zum Preis von S 92.371,96 excl. USt. sowie der Auftrag zur Projektierung und Bauleitung der Deponiegasreinigungsanlage auf der Städt. Mülldeponie an das Zivilingenieurbüro Hitzfelder-Pillichshammer, Salzburger Str. 47, 4840 Vöcklabruck, in der Höhe von S 167.061,-- excl. USt. übertragen.

Gleichzeitig wird einer Mittelfreigabe für d. Rechnungsjahr 1993 gem. nachfolgender Aufstellung

a) Fa. ASA Regelstellen und Brunnenköpfe: S 92.371,96 excl. USt.

b) Ing.-büro Hitzfelder: Deponiegasreinigung: S 167.961,-- excl. USt.

c) Fa. Alpine: Gasbrunnen Schüttabschnitt II: S 972.360,98 excl. USt. --> S 1,232.693,94 excl. USt. gesamt somit gerundet S 1,233.000,-- bei VSt. 5/8131/050000.3 zugestimmt.

Ich ersuche Sie um die Freigabe der Mittel bzw. die Vergabe an die Firmen.

Zur Information: Ca. 600.000 m<sup>3</sup> Gas werden, wenn sie gereinigt sind, 300.000 m<sup>3</sup> verwertbares Gas ergeben. Es ist gedacht, daß dieses Gas der RHV Steyr ankauft, über Gasmotoren zu Strom verarbeitet, diesen verkauft und die Wärme wird dann an eine heimische Fa. verkauft. Allerdings stehen wir mitten in den Verhandlungen - ich kann aus Gründen der Fairness darüber keine weiteren Angaben machen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr - wird dazu das Wort gewünscht? Nicht der Fall, daher kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht der Fall. Einstimmig angenommen.

Ich danke Koll. Vbgm. Sablik für die Berichterstattung und erteile nun Hr. Vbgm. Dr. Pfeil das Wort für seine Anträge.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:  
Sehr geehrter Hr. Bgm., meine sehr verehrten Damen und Herren des GR! Im ersten Antrag geht es um die Schloßbibliothek, um die Vergabe der Elektroinstallations-, Baumeister- und Malerarbeiten.

10) K-35/93

Schloßbibliothek; Vergabe der Elektroinstallations-, Baumeister- und Malerarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Bgm.-verfügung v. 2. 4. 1993, womit wegen Dringlichkeit gem. § 49 Abs. 7 des Statutes für die Stadt Steyr nachstehendes angeordnet wurde, wird hiermit genehmigt.

"Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 1. 4. 1993 wird der Vergabe weiterer Arbeiten für die Schloßbibliothek wie folgt zugestimmt:

1. Elektroinstallationsarbeiten, Fa. Kammerhofer, Steyr: S 1,091.622,80 brutto

2. Baumeisterarbeiten, Fa. Mayr-Bau GesmbH, Steyr: S 131.116,94 brutto

3. Malerarbeiten, Fa. Böhm, Steyr: S 60.249,60 brutto

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung in Höhe von S 1,283.100,-- bei VSt. 5/3600/010290.8 bewilligt. Die Deckung der Mittel hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort? Nicht der Fall, also kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. In meinem zweiten Antrag geht es um eine Neufassung der Leseordnung der Zentralbücherei der Stadt Steyr. Mit Beschluß des StS vom 19. 11. 1992 sowie des GR vom 26. 11. 1992 wurden die Ergänzungen der Leseordnung in bezug auf die Gebühren genehmigt, allerdings eine Überarbeitung des Textteiles hinsichtlich der Formulierungen angeregt. Nach Einsicht in die Leseordnungen der Städte Linz und Salzburg wurden einige Formulierungen geringfügig geändert und der bei der GR-Sitzung am 26. 11. 1992 in Frage gestellte Punkt 9 (Verbleiben in den Räumlichkeiten der Bücherei) ersatzlos gestrichen. Die Neufassung wurde dem Kulturausschuß zur Beratung vorgelegt. Die Mitglieder des Kulturausschusses haben in den Sitzungen vom 4. 2. und 2. 3. 1993 diesen Änderungen zugestimmt.

11) K-13/93

Zentralbücherei der Stadt  
Steyr; Ergänzung der Lese-  
ordnung.

Der Gemeinderat wolle beschlie-  
ßen:

Unter Bezugnahme auf den  
Amtsbericht der MA IX vom 16.  
März 1993 und den in den  
Sitzungen des Kulturausschusses  
vom 4. 2. und 2. 3. 1993  
erfolgten Beratungen wird den  
Ergänzungen der Leseordnung in  
der vorliegenden Fassung  
zugestimmt.

(BEILAGE)

Ich bitte, der vorliegenden Le-  
seordnung in dieser Form zu-  
zustimmen.

Vielleicht darf ich noch etwas  
anfügen: Es hat sich gezeigt, daß  
auch die Leseordnungen der  
Städte Linz und Salzburg ähnlich  
sind - beide verzichten nicht auf  
das Vorlegen eines amtlichen  
Dokumentes beim Einschreiben.  
Auch ansteckende Krankheiten  
sind im Sinne der Hygiene  
meldepflichtig; das ist aus  
amtsärztlicher Sicht notwendig!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:

Danke sehr. Wird dazu das Wort  
gewünscht? Keine Wortmeldung.  
Wer ist für diesen Antrag?  
Danke. Gegenprobe? Stimment-  
haltung wird nicht angezeigt.  
Ebenfalls einstimmig ange-  
nommen.

Ich danke Koll. Vbgm. Dr. Pfeil  
und erteile der nächsten Be-

richterstattein, Fr. StR Ehren-  
huber, das Wort.

BERICHTERSTATTERIN STADT-  
RAT INGRID EHREHUBER:

Sehr geehrte Herren Bgm., meine  
Damen und Herren! Bei meinem  
ersten Antrag geht es um ein  
Entwicklungshilfe-Projekt in Goa,  
Indien. Der Antrag lautet:

12) Präs-1052/88

Partnerschaft f. Einrichtun-  
gen, die d. Dritten Welt zu-  
gute kommen; Ausbildungs-  
projekt und Vollpatenschaft  
f. 10 Kinder Agnel Ashram/  
Indien.

Der Gemeinderat wolle beschlie-  
ßen:

Aufgrund des Amtsberichtes des  
Büros d. Bgm. v. 17. 2. 1993  
übernimmt die Stadt die  
Vollpatenschaft f. 10 Kinder des  
Hauses "Steyr Tabor" im  
Kinderdorf Agnel Ashram in  
Goa/Indien in Höhe von S  
60.000,--. Dieser Betrag wird als  
einmalige, nicht rückzahlbare, ao.  
Subvention dem Initiator dieses  
Kinderdorfprojektes, Hr. Mag. Dr.  
Alcantara Gracias, Rooseveltstr.  
10, Steyr, gewährt.

Weiters übernimmt die Stadt für  
das Ausbildungsprojekt eines  
Praktikanten im Bereich der SNF  
AG einen Betrag von S 60.000,--  
als unmittelbare Form der  
Entwicklungshilfe sowie einen  
Betrag von S 30.000,-- für die  
Ausbildungskosten, die im Zeit-  
raum September bis Dezember  
1992 durch die SNF AG nicht  
angesprochen wurden.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 60.000,--

(sechzigtausend)

bei der VSt. 1/4250/757000.0

sowie

S 90.000,--

(neunzigtausend)

bei der VSt. 1/2590/757000.1

freigegeben.

Ich ersuche Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:

Danke sehr. Wird dazu das Wort gewünscht? Frau Gemeinderätin Scheucher bitte.

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEU-  
CHER:

Sehr geehrte Damen und Herren des GR! Ich muß mich jetzt bei dem Tagesordnungspunkt Agnel Ashram einmal zu Wort melden. Wir haben ja schon sehr oft hier in diesem GR Subventionen für dieses Kinderdorf beschlossen.

Irgendwann möchte ich einmal zur Diskussion stellen, ob diese Art der Förderung von Projekten in der 3. Welt nicht ein wenig eine Art von "Freikaufen" von der Verantwortung für die Dritte Welt ist. Das ist so eine automatische Subvention, die jetzt einmal läuft und die wir jetzt immer weitergeben.

Ich weiß schon, Hr. Dr. Alcantara Gracias ist natürlich sehr gewandt und versteht es sehr gut, Subventionen zu bekommen bzw. Sponsoren zu motivieren. Es

ist durchaus nichts Negatives, dieses Projekt zu unterstützen. Die Frage ist nur, ob es nicht gerade in Indien Projekte gäbe - ob das jetzt kirchlich oder privat geleitete sind -, die vielleicht ihre Hilfe direkt in den Slums ansetzen. Dort, wo wirklich die Ärmsten zu Hause sind. Ich glaube, jene, die mitten drinnen agieren, brauchen unsere Unterstützung dringender. Ich bin zwar kein wahnsinniger Indien-Kenner, aber ich glaube, Goa ist nicht unbedingt das Armenhaus von Indien. D. h., es gibt in den Slums der Großstädte mit Sicherheit Projekte, die es noch nötiger hätten, daß wir sie unterstützen!

Wir werden selbstverständlich dieser Subvention unsere Zustimmung nicht versagen, es geht um Kinder, es geht um ein Kinderdorf-Projekt - keine Frage, aber wir würden anregen, Fr. Stadtrat, daß Sie sich vielleicht einmal umhören, ob es nicht irgendwo Projekte gibt, die noch unterstützenswerter sind. Wo man eben direkt sagen kann, wir unterstützen wirklich Menschen, die ohne unsere Unterstützung den nächsten Tag vielleicht nicht mehr erleben würden. Darum würde ich Sie ersuchen! Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:

Danke sehr. Nun ist Hr. Dr. Pfeil zu Wort gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEO-  
POLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Natürlich kann man in bezug auf Entwicklungshilfe stundenlang diskutieren, was besser wäre. Entweder eine gezielte Unterstützung oder nur nach Gießkannen-Prinzip in den Slums versickern zu lassen. Ich bin schon der Meinung, daß es besser ist, eine gezielte Förderung zu machen. Daß man also gezielt junge Leute ausbildet - es handelt sich ja um ein derartiges Programm, das wir hier unterstützen. Heimische Leute werden bei uns gezielt ausgebildet, die dann wieder zurückgehen und sich vor Ort selbst helfen.

Das ist der Hintergedanke dabei. Ich glaube, es würde nichts helfen, wenn wir dieselbe Summe in den Slums vergeben. Das wäre nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein. Man kann sehr viel über Entwicklungshilfe diskutieren, aber ich glaube, dazu würde heute die Zeit nicht ausreichen. Danke.

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:**

Danke - gibt es eine weitere Wortmeldung? Nicht der Fall. Wünscht die Berichterstatterin ein Schlußwort? Auch nicht der Fall, daher kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht geübt - der Antrag ist einstimmig angenommen.

**STADTRÄTIN INGRID EHRENHUBER:**

Bei meinem zweiten Antrag geht es um die Brennstoffaktion, die auch 1993 einkommensschwachen Personengruppen zugute kommen soll.

13) SH-130/93

Brennstoffaktion f. einkommensschwache Personengruppen i. Jahr '93.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Durchführung der Brennstoffaktion 1993 wird der Betrag von

S 790.000,--

(siebenhundertneunzigtausend) aus den bei der VSt. 1/4291/403000.2 präliminierten Mitteln freigegeben.

Die Brennstoffaktion ist nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA V v. 3. 3. 1993 durchzuführen. Die städträtl. Wohlfahrtsreferentin ist ermächtigt, wie in den Vorjahren in berücksichtigungswürdigen Fällen bei Richtsatzüberschreitungen Sondergenehmigungen zu erteilen.

Ich ersuche, auch diesem Antrag Ihre Zustimmung zu erteilen.

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:**

Zu diesem Antrag ist niemand zu Wort gemeldet, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthal-

tungen? Keine. Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT KARL HOLUB TRIFFT  
UM 15.07 UHR EIN.

STADTRÄTIN INGRID EHRENHUBER:

Bei meinem dritten und letzten Antrag geht es um die Beistellung von kostenlosen Lehrmitteln für bedürftige Schüler an Steyrer Pflichtschulen. Hier wird eine Änderung der Richtsätze vorgeschlagen, die Richtlinien sollen wie folgt lauten:

14) SH-186/93

Aktion Freilernmittel.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA V vom 8. 2. 1993 werden für die Beistellung von Freilernmitteln folgende Richtlinien beschlossen:

**Richtlinien**

für die Beistellung von kostenlosen Lernmitteln an bedürftige Schüler an Steyrer Pflichtschulen durch die Stadt Steyr:

1. Schülern an Steyrer Pflichtschulen, deren Eltern bedürftig sind und die ihren ordentlichen Wohnsitz in Steyr haben, werden die erforderlichen Lernmittel kostenlos zur Verfügung gestellt.
2. Bedürftigkeit im Sinne des Abs. 1 liegt dann vor, wenn das mtl. Haushaltsnettoeinkommen die jew. gültigen Ausgleichszulagen-Richtsätze nach dem

ASVG von dzt. S 7.000,-- für alleinstehende Personen bzw. S 9.967,-- für Ehepaare nicht übersteigt. Für jedes im Haushalt lebende Kind tritt eine Erhöhung des Richtsatzes um dzt. S 746,-- ein.

Unter Haushaltseinkommen ist das gesamte mtl. Nettoeinkommen des Antragstellers und aller mit ihm im gemeinsamen Haushalt lebenden Personen anzusehen, wobei Lehrlingsentschädigungen bis zu einem Betrag von derzeit S 1.454,-- unberücksichtigt bleiben.

Familienbeihilfen, Hilflosenzuschüsse, Pflegegeld, Blindenbeihilfen u. ä. zweckgebundene Zuwendungen werden nicht als Einkommen gerechnet; weiters ist der reine Mietzins vom Nettoeinkommen abzugsfähig.

3. Die unter Punkt 2 angeführten Richtsätze ändern sich jeweils entsprechend der Anpassung der ASVG-Ausgleichszulagenrichtsätze durch den Bundesgesetzgeber.

4. Das nach der Geschäftseinteilung zuständige Mitglied des StS kann bei Vorliegen bes. berücksichtigungswürdiger Umstände Überschreitungen der Richtsätze nach Abs. 2 im Einzelfall genehmigen.

5. Diese Richtlinien treten erstmals für das Schuljahr 1993/94 in Kraft.

Ich ersuche Sie, diese geänderten Richtlinien zu beschließen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:

Danke sehr. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Ich sehe, daß dies nicht der Fall ist, daher kommen wir zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Auch nicht der Fall. Übt jemand Stimmenthaltung? Niemand. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke Fr. Koll. StR Ehrenhuber und erteile dem nächsten Berichterstatter, StR Roman Eichhübl, das Wort für seine Anträge.

BERICHTERSTATTER STADTRAT  
ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR, werte Herren Bgm.! Ich habe Ihnen einige - wie ich meine - sehr wichtige Anträge zur Beschlußfassung vorzutragen und darf gleich mit dem ersten beginnen. Gleichzeitig darf ich Sie mit einem Dringlichkeitsantrag konfrontieren.

Zu dem Zeitpunkt, als nämlich dieser Amtsantrag verfaßt wurde, war im Zusammenhang der bevorstehenden Kanalbau-maßnahmen im Steyrdorf geplant, auch die Erdgasversorgungs-Leitungen und die Wasserleitungen, die nunmehr bereits 4 Jahrzehnte in diesem Bereich drinnen sind, zu erneuern.

Inzw. werden Sie ja festgestellt haben, daß diese Baumaßnahmen in vollem Gange sind. Ich darf Sie um die nachträgliche Zuerkennung der Dringlichkeit bitten und

Ihnen den Antrag dazu zur Kenntnis bringen.

15) ÖAG-25/93

Stadtwerke

Kanalisation Steyrdorf, 3. Teil; Erneuerung der Erdgas- und Trinkwasserversorgungsleitungen; Vergabe der Leistungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Dir. der Stadtwerke v. 22. 2. 1993 wird im Zusammenhang mit der Erneuerung der Erdgas- und Trinkwasserversorgungsleitungen im Bereich Steyrdorf nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt:

1. Tiefbauleistungen: Fa. Ploier & Hörmann, Marchtrenk: S 1,256.829,50 (excl. USt)

2. Rohrmaterialien für Erdgas-  
hausanschlüsse: Fa. Ehrent-  
letzberger, Linz: S 63.000,-- (excl.  
USt)

3. Rohrmaterialien für Wasser-  
hausanschlüsse: Fa. Höller-Eisen,  
Gmunden: S 94.200,-- (excl. USt)

4. Rohrtransport: Städt. Wi-Hof: S  
4.000,-- (excl. USt)

Die zur Verlegung gelangenden Sphärogußrohre f. d. Erdgasversorgung sollen aus dem mit Beschluß des StS vom 11. 2. l. J. genehmigten Rohrlager des Gaswerkes entnommen werden.

Die hierfür erforderl. Mittel sind von den Stadtwerken der Stadt Steyr aufzubringen.

Infolge Dringlichkeit wird der Mag. der Stadt Steyr gem. § 4 7 Abs. 5 des Statutes für die Stadt

Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Hr. Bgm., ich darf Sie bitten, die Diskussion - sofern es gewünscht wird - über diesen Antrag zu eröffnen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke. Wird das Wort gewünscht? Nicht der Fall, daher kommen wir zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Nicht der Fall. Übt jemand Stimmenthaltung? Keine Enthaltungen. Einstimmig angenommen. Nächster Antrag bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der nächste Antrag betrifft die Erdgasaufschließung in der Retzenwinkler-Siedlung. Es ist vorgesehen, daß die Ennser Straße im Bereiche von der Kreuzung mit der Klosterstraße bis annähernd zur Stadtgrenze mit einem neuen Belag versehen werden soll, und nachträgliche Aufgrabungsarbeiten in diesem Bereich nicht mehr genehmigt werden. Daher ist es zweckmäßig, die dort vorgenommenen und von mir angezogenen Arbeiten durchzuführen. Ich darf Ihnen folgenden Antrag zur Kenntnis bringen und Sie gleich vorweg bitten, diesem Antrag auch die Zustimmung zu geben.

16) ÖAG-47/93

Stadtwerke

Erdgasaufschließung Retzenwinklersiedlg.; 2. Teil;

Ortsversorgung Dornach;  
straßenbaubedingte Aufschließungsmaßnahmen;  
Auftragsvergaben.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Dir. der Stadtwerke v. 29. März 1993 wird im Zusammenhang mit der Erdgasaufschließung Retzenwinklersiedlung, 2. Teil, sowie straßenbaubedingter Baumaßnahmen im Ortsbereich Dornach, nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt:

1. Tiefbauleistungen: Bietergemeinschaft Illma Bau, Hamburger, Steyr: S 1,459.150,-- (excl. USt)

2. Rohrtransport: Städt. Wi-Hof: S 5.000,-- (excl. USt)

Die zur Verlegung gelangenden Sphärogußrohre sollen aus dem mit Beschluß des GR vom 4. 3. 1. J. genehmigten Rohrlager des Gaswerkes entnommen werden. Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken der Stadt Steyr aufzubringen.

Hr. Bgm., ich bitte, entweder die Diskussion oder die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Wünscht jemand das Wort zu diesem Antrag? Nicht der Fall, also kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung

wird nicht geübt. Einstimmig angenommen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der nächste Antrag wurde bereits - das darf ich vorweg sagen - im zuständigen Ausschuß diskutiert. Auch im StS wurden entspr. Erklärungen abgegeben. Es geht um den Abschluß eines Erdgas-Liefervertrages mit der Oö. Ferngas GesmbH. Die Vereinbarung eines neuen Arbeitspreises soll daraus hervorsprießen.

Der Amtsbericht ist sehr umfangreich und mit einigen techn. Zahlen gespickt. Ich darf vielleicht nur einen Satz dazu sagen. Diese neue Preisvereinbarung soll dazu dienen, daß in Hinkunft vom Vertragspartner, der Oö. Ferngas GesmbH., der Arbeitspreis nicht mehr so einfach verändert werden kann, daß das nach gew. Kriterien erst durchgeführt werden darf. Und zwar über einen Wirtschaftstreuhänder - daher ist eher zu erkennen, in welche Richtung die Preisbildung der Oö. Ferngas gehen soll.

Nach dieser kurzen Erklärung darf ich gleich zum Antragstext kommen:

17) ÖAG-6216/76

Stadtwerke

Erdgasliefervertrag m. d.

Oö. Ferngas GesmbH; Vereinbarung eines neuen Arbeitspreises.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des GR v. 15. 10. 1992 wurde f. d. Kalenderjahre 1993 und 1994 zufolge des abgeschlossenen Liefervertrages mit der Oö. Ferngas GesmbH der Arbeitspreis mit S 123,50 je MWh (excl. USt) auf der Basis eines Importerdgaspreises von S 0,97/m<sup>3</sup>n vereinbart.

Zufolge des Amtsberichtes der Dir. der Stadtwerke v. 31. 3. 1993 wird der von der Oö. Ferngas GesmbH mit Schreiben vom 26. 1. 1. J. vorgeschlagenen Arbeitspreisvereinbarung, die eine Wertanpassung zum 1. 4. und 1. 10. vorsieht, zugestimmt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Danke. Da keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir zur Abstimmung. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht der Fall; der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich bitte um den nächsten Punkt.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der nächste Antrag befaßt sich mit dem städt. Verkehrsbetrieb und der geplanten Linienerweiterung in diesem Bereich. Es wird vorgesehen, daß 5 neue Citybusse angekauft werden.

Wie Sie sicherlich wissen, geht es dabei um eine - wie ich meine - doch sehr wichtige und sinnvolle Ausdehnung. Auf der einen Seite in Richtung Neuschönau, Aicht bis hinunter nach Hausleiten - um nur einige wichtige Randbereiche aufzuzählen, die

noch nicht in dieses städt. Verkehrsnetz eingebunden sind. Es ist, wie gesagt, notwendig, rechtzeitig dafür Sorge zu tragen, daß entspr. Busse angekauft werden.

Es geht um Citybusse mit einem 100 PS-Volvomotor. Das ist ein Benzinmotor, der mit einem Dreiwege-Katalysator ausgerüstet ist. Verschiedentlich ist die Frage aufgetaucht, warum man nicht Dieselmotoren verwendet. Dafür gibt es eine einfache Erklärung - eine Dieselmachine mit etwa derselben Leistung, die unbedingt erforderlich ist, würde wesentl. mehr Raum für den Einbau beanspruchen und ist daher aus techn. Gründen in diesem Bus nicht unterzubringen. Das ist die eine Erklärung, auf der anderen Seite kann man mit ruhigem Gewissen auch davon ausgehen, daß eben ein Benzinmotor mit einem Dreiwege-Katalysator, zumind. was die CO-Abgasbelastung betrifft, wesentl. günstiger ist als ein Dieselmotor. Wenn dieser Beschluß heute durchgeht - das darf ich ergänzend dazu sagen -, dann wird der Bestand der Busse im Verkehrsbereich der Stadtbetriebe auf 33 angehoben. Es handelt sich dabei, um bei den Citybussen zu bleiben, um 10 Stück. Weiters gibt es 8 Gelenkbusse und 15 Solobusse. Natürlich müssen wir durch diesen Ankauf auch Fahrer einstellen. In Zukunft sollen in diesem Bereich 57 Chauffeure beschäftigt werden.

Soviel nur zur Ergänzung; nun komme ich schon zum Antrag, der folgendermaßen lautet:

18) ÖAG-51/93

Stadtwerke

Städt. Verkehrsbetrieb; Einführung neuer Linien bzw. Teilung d. Linie 3 in einen westl. und östl. Linienast; Ankauf der Fahrzeuge.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Dir. der Stadtwerke Steyr v. 5. 4. 1993 wird im Zusammenhang mit der Teilung der Linie Ennsleite in zwei Linienäste unter Mitbedienung der Neuschönau und der Erweiterung des Liniennetzes nachstehender Auftragsvergabe zugestimmt:

Fa. Steyr Bus GesmbH, Wien: Lieferung von 5 Einheiten Steyr City-Busse der Type SC 6 F 85, lt. Anbot v. 31. 3. 1993 zum Gesamtpreis von S 6,298.010,-- (excl. USt).

Zum genannten Zweck wird den Stadtwerken Steyr nach Maßgabe des Amtsberichtes eine Kapitaleinlage in Höhe von S 6,298.010,-- (excl. USt) gewährt. Zu diesem Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 6,298.010,--

(sechsmillionenzweihundertachtundneunzigtausendzehn) bei der VSt. 5/8790/779000.6 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Leider ist im Moment der Finanzreferent nicht anwesend. Ich habe im StS zu diesem Antrag eine Erklärung abgegeben, was die VASt. betrifft. Diese wurden von den StW angenommen, weil es sich um jene VASt. handelt, die sich immer als die Geldquelle - wenn ich das so bezeichnen darf - herausgestellt hat.

Ich bitte, Hr. Bgm., über diesen Antrag die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:**

Danke sehr. Zu Wort hat sich Hr. GR Spöck gemeldet. Ich erteile es ihm.

**GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:**

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR! Ich möchte diesen Antrag - "Ankauf der Citybusse" - wiederum zum Anlaß nehmen, um ganz kurz auf den Tarif hinzuweisen. Vor einiger Zeit hat ja die ÖVP-Fraktion - Koll. Klaus Jansky im Namen der ÖVP-GR-Fraktion - hier im GR einen Antrag eingebracht, der den 5-S-Tarif beinhaltet hat.

Die Kernaussage möchte ich heute bei dieser Gelegenheit noch einmal wiederholen - sie hat sich nicht geändert. Die Kernaussage in diesem Antrag hat gelautet: "Gerade die Citybus-Linien stellen für die Stadtverwaltung die Möglichkeit dar, steuernd auf das Verhältnis zw. Indivi-

dualverkehr und öffentl. Verkehr im Zentrum Einfluß zu nehmen. Insbes. aus dieser Rücksichtnahme ist es erforderlich, gerade diesen Linien über den Anreiz von günstigen Fahrpreisen zu einer erhöhten Annahme in der Bevölkerung zu verhelfen!"

Wir haben dann den Antrag gestellt, für die Citybus-Linien zumind. probeweise den 5-S-Tarif einzuführen. Leider ist dieser Antrag unverständlicherweise von allen Fraktionen - auch von der GAL! - abgelehnt worden.

Zweitens möchte ich bei dieser Gelegenheit an ein Stadtteilgespräch in der Waldrand-siedlung erinnern, wo auch über die Citybus-Linien gesprochen worden ist. Bei diesem Stadtteilgespräch wurde sehr pos. über die Citybus-Linien gesprochen, aber auch - in meinen Augen zurecht - der hohe Fahrpreis wurde kritisiert! Damals ist aus dem Publikum auch der Vorschlag gekommen, die 5 S zumind. probemäßig einzuführen. Ich glaube (mit mir glauben das sicher sehr viele Steyrer), daß hier eine Frequenz-Steigerung kommen würde. Seitens der Direktion - die Direktoren fehlen ja schon seit einiger Zeit bei den GR-Sitzungen - wurde gesagt, daß das nicht geht.

**STADTRAT KARL HOLUB:**

Fehlen sie Dir?

**GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:**

Mir fehlen sie nicht, aber sie sind zumind. körperlich abwesend! Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch auf etwas hinweisen. Man hat gehört, daß sogar von Erhöhungen gesprochen wird. Ich darf an eine Petition erinnern, die bei der letzten Erhöhung 1990 gemeinsam vom Verkehrsclub Österreich, von der ÖVP Steyr, von der GAL Steyr, von der KPÖ Steyr, von der FPÖ Steyr und von der Sozialistischen Jugend Steyr gestellt wurde für attraktive Steyrer Verkehrsbetriebe und gegen die geplante Erhöhung der Bustarife. Es hat damals in dieser Petition, die von 1.542 Steyrerinnen und Steyrern in nur 2 Tagen unterschrieben wurde, gelautet: "Ab Sep. 1990 sollen die Preise der städt. Busse um fast 20 % erhöht werden. Wir sind gegen die Erhöhung der Fahrpreise. Dies ist nicht der richtige Weg, um Anreize für das Umsteigen auf den öffentl. Verkehr zu schaffen. Es wäre vielmehr notwendig, verbesserte Verkehrsleistungen der Verkehrsbetriebe, Sammeltaxi, bessere Einbindung der Außenbezirke (wie Christkindl, Waldrandsiedlung - ist ja passiert, aber leider beim Fahrpreis hapert es) und die Einbeziehung der Steyrer Verkehrsbetriebe in einen Verkehrsverbund (leider auch noch nicht passiert) zu vollziehen!" Wie gesagt, man hört derzeit schon wieder Gerüchte von Erhöhungen. Ich möchte die Gelegenheit heute schon wahr-

nehmen, zumind. für meine Person, vehement gegen geplante Erhöhungen einzutreten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Ich danke Koll. Spöck; nun ist Fr. Kollegin Scheucher zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:

Sehr geehrte Damen und Herren, es hat ja kommen müssen, nachdem wir direkt angesprochen wurden! Unverständlicherweise ist zwar in der ÖVP-Aussendung nicht die GAL Steyr als die BÖSE zitiert, sondern die GAL Linz. Die wissen gar nicht, wie sie dazu kommen.

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:

Ja, die GAL Steyr schreibt man nur mit einem "L", die GALL Linz mit zwei! - Das ist die Erklärung.

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Das ist "E G A L"!

Gelächter

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:

Noch einmal bitte. Auch wenn in div. Medienaussendungen der ÖVP immer wieder nur ein Teil des GAL-Statements bekanntgegeben wird, nämlich daß wir diesen 5-S-Tarif für Citybusse

abgelehnt haben. Es wird nie dazu gesagt, daß wir gesagt haben, wir haben kein Problem, 5-S-Tarife für alle Buslinien in Steyr zu befürworten.

Aber wir lehnen es ab, in Steyr Bürger zweier Klassen zu machen! Ein Münichholzer zahlt den vollen Tarif und einer der mit dem Citybus vom Tabor herunterfährt, bezahlt 5 Schilling. Das ist nicht richtig!

Wenn Sie den Antrag stellen, 5 Schilling für alle Einzelfahrten einzuführen, dann haben Sie von der GAL sofort die Zustimmung. Wir lehnen auch - genauso wie Sie; es freut mich, daß wir hier einer Meinung sind - die Erhöhung der Tarife ab, solange nicht das Leistungsangebot wesentl. verbessert wird. Wir sind auch der Meinung, daß es nicht der richtige Weg ist, die Leute zum Umsteigen zu bringen, wenn man immer nur Erhöhungen bietet und sonst nichts. Deshalb begrüßen wir z. B. auch die Einführung der neuen Citybus-Linien - bes. freut uns, daß der Dachsberg, nachdem sich die Leute wirklich vehement gewährt haben, miteingebunden wurde.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:

Nicht deswegen!

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEU-  
CHER:

Gut, dann war es ein toller Zufall!  
Auch in der Neuschönau - soviel  
ich weiß - kämpfen die Leute

schon lange um eine Citybus-  
Linie. In Zukunft, glaube ich,  
sollte es allerdings gar nicht  
mehr so sein, daß neue Stadtteile  
geplant werden, ohne autom.  
eine Citybus-Linie oder eine  
große Buslinie dazu zu planen.

Ich glaube, daß wir jetzt noch  
einen Schritt weitergehen  
müßten - und zwar, um die Busse  
attraktiver zu machen. Und auch  
in Übereinstimmung mit dem  
Konzept des Verkehrsplaners  
Stickler eine Taktverdichtung ins  
Auge fassen. Ich weiß z. B. aus  
eigener Erfahrung, daß ein Takt  
von einer Stunde eine Notlösung  
ist. Zumindest in Stadtteilen, die  
rel. dicht besiedelt sind, und zu  
Zeiten, wo die Leute in die Stadt  
fahren oder wo sie etwas zu  
erledigen haben. Ich weiß das z.  
B. vom Schlüsselhof, wo wir eine  
Linie mit 1/2-Stunden-Takt  
hatten. Zu dem Zeitpunkt, als sich  
die Leute gerade daran gewöhnt  
und es mehrheitl. angenommen  
hätten, wurde es auf eine Stunde  
ausgeweitet. Jetzt sagen die  
Leute beispielsweise, ich muß zu  
diesem Zeitpunkt am Bahnhof  
sein und fahre doch nicht eine  
Dreiviertelstunde vorher weg -  
entweder sie fahren mit dem  
Auto oder gehen zu Fuß! Aber  
der Bus wird dadurch nicht mehr  
so gut angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEO-  
POLD PFEIL:

Das stimmt nicht!

STADTRAT KARL HOLUB:

Das stimmt schon!

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:

Das stimmt schon! Mit Sicherheit stimmt das bei uns, weil die Nähe zur Stadt auch rel. groß ist! Für uns stimmt das sicher, denn die Leute sagen, die paar Schritte gehe ich zu Fuß. Für die Stadtwerke ist es nicht bes. erfreulich, wenn die Leute nicht mit dem Bus fahren, sondern zu Fuß gehen. Der Umwelt ist es gleich, das stimmt!

Man sollte trotzdem schauen, daß möglichst auf allen Linien der 1/2-Stunden-Takt kommt - wie von Dr. Stickler auch vorgeschlagen.

Eine Frage hätte ich noch an Hr. StR Eichhübl. Mir ist nämlich ein Satz in diesem Amtsbericht aufgefallen: Mit den sehr wendigen Steyrer Citybussen, die auch als echte Niederflrbusse gelten. Was heißt dieses "die als echte Niederflrbusse gelten"? Sind sie jetzt echte Niederflrbusse oder gelten sie nur dafür? Sind sie behindertengerecht, sind sie kinderwagenfreundlich? Oder sagen wir einfach, sie sind es?! Kann jetzt einer mit einem Rollstuhl diesen Citybus problemlos verwenden?

STADTRAT KARL HOLUB:

Wenn er den Rollstuhl verläßt!

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:

Ich möchte daran erinnern, daß wir schon ein paarmal darüber gesprochen haben, wenn wir

neue Busse anschaffen, daß es dann auf jeden Fall behindertengerechte Busse sein sollen. Ich möchte nicht, daß wir jetzt eine Reihe Busse kaufen, und dann sagen wir, es ist wieder zu spät gewesen - aber bei den nächsten! Das möchte ich ganz bes. betonen! Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke. Als nächster hat sich Hr. StR Holub zu Wort gemeldet.

Gelächter, weil StR Karl Holub mit einer Hartlauer-Tragtasche zum Rednerpult geht.

STADTRAT KARL HOLUB:

Nachdem ich vorhin schon gefragt wurde, ob ich zu lange beim Hartlauer war. Nein, zu spät zur Sitzung gekommen - ich bitte auch um Entschuldigung dafür - bin ich, weil ich im Altersheim war und vor meinem Urlaub noch die letzte Besprechung gemacht habe. Das hat etwas länger gedauert, als es vorgesehen war. Ich bitte also um Nachsicht, daß ich der Sitzung nicht von Anfang an beigewohnt habe.

Der vorliegende Antrag ist an sich insofern ziemlich ernsthaft. Wie die Sprecherin der GAL schon angeführt hat, wird hier erwähnt, daß es sich um so etwas Ähnliches wie echte Citybusse handelt; so etwas Ähnliches wie echte Niederflrbusse. Das könnte man sich jetzt auf der Zunge zergehen lassen, wie

vieles, das aus der Feder der Stadtwerke kommt. Aber der ganze Amtsbericht ist an sich literarisch hochwertig von eher gehobenem Unterhaltungswert, dafür von geringerer Aussage. Fest steht aber, daß einige Citybusse gekauft werden sollen - nämlich die bisherigen. Ich glaube, daß Fr. Scheucher wirklich recht hat, daß hier der alte Weg der Stadtwerke fortgesetzt wird - einmal angeschafft ist immer weiter besorgt! Auch wenn man die Überprüfung gar nicht mehr drinnen hat, ob es u. U. etwas Geeigneteres gäbe. Die Einheitlichkeit geht über der Zweckmäßigkeit! Das ist der Eindruck, den man hier hat.

Sonst könnte es einfach nicht passieren, daß in diesem Kunststück der Darstellung behauptet wird, daß am mitteleurop. Markt derzeit kein Fahrzeug als reines Niederflurfahrzeug mit einem Fassungsvermögen von 28 Personen angeboten wird. "Das einzige Fahrzeug, das mit den Fahreigenschaften (Wendigkeit) des Steyrer Citybusses vergleichbar ist, weist ein Fassungsvermögen für 20 Personen auf und ist mit keiner pneumatischen Doppeltüre usw. usw."

Also, das ist an sich ein Witz! Natürlich stehen wir zum Namen "Steyr" auf einem Fahrzeug. Natürl. stehen wir zu Produkten aus Steyr - keine Frage. Natürl. haben wir auch immer gefordert, man möge doch bitte Steyrer

Produkte als Gemeinde Steyr richtungs- und beispielsweise verwenden. Jetzt hat aber das Produkt "Steyrer Citybus" eigentl. mit einem anderen in Österreich erzeugten Bus nur mehr gemeinsam, daß er in Österreich erzeugt wird. Aber mit den Steyr-Werken hat die Sache nicht mehr allzu viel zu tun! Es "werkelt" ein Volvo-Motor und die Autobus-Division gehört auch Volvo. Die Präferenz aus der Emotion zur Sicherung der Arbeitsplätze hier in Steyr kommt uns abhanden. Es gibt ein Vergleichsprodukt von einem Hersteller, der ein Werk in Steyr unterhält und bei dem die SDP AG sogar derzeit zumind. noch eine Minderheits-Beteiligung hat. Jetzt weiß wirklich jeder, wer das ist. Die haben in Wien - vielleicht kannst Du das Deinen Direktoren ausrichten - ein Werk, das sich mit der Herstellung von Sonderautobussen recht umfangreich und weltweit erfolgreich auseinandersetzt. Ich vermisse die Diskussion darüber, ob nicht etwa ein Produkt aus dieser Werkstätte mit dem Produkt aus der anderen Werkstätte - beide in Wien, beide in fremder Hand - verglichen werden könnte. Es tut wirklich weh!

Über die Fahrpreis-Diskussion - alle Menschen sind gleich, nur manche sind gleicher - möchte ich mich jetzt nicht auseinander lassen. D. h. nur, Thema nicht ganz verstanden, weil Citybus nicht gleich kleiner Autobus ist und daher nicht Gleiches mit

Gleichem verglichen werden kann. Entscheidend ist die Linie, die befahren wird. Entscheidend wäre das Intervall, das zur Verfügung steht; entscheidend ist die Aufgabenstellung - beim Citybus nach der herkömmlichen Interpretation handelt es sich um ein Fahrzeug, das Fußwege ersetzt im dicht besiedelten Raum; der Stadtbus überbrückt größere Entfernungen, wenn möglich nach festen Fahrplänen. Wenn möglich, nach festen Fahrplänen - ich glaube, das habe ich jetzt auch schon zum 100sten Mal gesagt, und noch nie habe ich den Eindruck gehabt, daß alle jene, die hier nicken, das auch wirklich nachvollziehen.

Ich meine, man sollte das wirklich ernsthaft untersuchen. Wir werden zu diesem Ankauf jetzt schon ja sagen müssen. Erstens, glaube ich, ist die Bestellung schon im Laufen und zweitens ist der Termin zur Einführung schon notwendig. Man sollte aber dennoch untersuchen, ob nicht in Zukunft Fahrzeuge geeigneter sein könnten, die aus anderen Werkstätten kommen. Nicht etwa, weil ich etwas gegen "Steyr" auf einem Fahrzeug habe (da könnte ja "Stadtwerke Steyr" auch groß darauf stehen, dann erfüllt es den Zweck auch), sondern weil ich glaube, daß das bestmögliche Angebot im öffentl. Verkehr erforderlich ist, um den einzelnen zum Umsteigen in das öffentl. Transportmittel zu bewegen.

Ich wiederhole das, was ich in der letzten Sitzung gesagt habe. Die Attraktivität ergibt sich aus dem Platzangebot, aus dem Komfort, dem Takt, dem Fahrpreis und der Verfügbarkeit, wie weit die Haltestellen vom Wohngebiet abhängig sind. Alles das muß man berücksichtigen, dann kommt man schon darauf, daß das Verlängern des Taktes sicherlich nicht die opportunistische Maßnahme zur Steigerung der Attraktivität ist - auch wenn Hr. Dr. Pfeil nicht dieser Meinung ist. Mag schon sein, daß Sie andere Erfahrungen haben; in der Literatur liest man, daß die Taktzeiten möglichst kurz sein sollen, damit die Attraktivität für den Benutzer gegeben ist. Ich glaube, es geht um die Attraktivität für den Benutzer und nicht um die Attraktivität eines flächendeckenden Angebotes, das dann eben zeitunkonform zur Verfügung steht. Soweit mein Beitrag dazu. Ich möchte aber, weil ich schon da bin, meine Tragtasche nicht wieder zurücktragen. Eine interessante Zeitschrift ist mir ins Haus geflattert; sie wurde heute auch schon zitiert. Aus dem Leitartikel des regierenden Partei-Obmannes, GR DI Frank Mundorff, möchte ich einen Absatz vorlesen: "Pfauenfedern! SPÖ und ÖVP präsentieren sich in ihren letzten Gemeinde-Zeitungen stolz wie Pfau - geschmückt mit fremden, blauen Federn!"

Als Partei-Obmann der ÖVP habe ich Inventur gemacht - wir haben keine blauen Federn gefunden. Auch kein sonderliches Ornat; aber, Hr. DI Mundorff, offensichtlich fehlt Ihnen irgendwo eine Pfauenfeder. Ich habe daher in einem Gesteck bei mir zu Hause nachgesehen ...

Gelächter

STADTRAT KARL HOLUB:

... und habe auch noch eine Pfauenfeder gefunden, die von gew. symbolhaften Wert ist. Es ist auch die Farbe blau enthalten, sie dominiert allerdings nicht. Je nach Lichteinfall können Sie jetzt nachschauen, was stärker ist - braun oder grün. Auf jeden Fall ein interessantes Ding! Sollte Ihnen die Feder wirklich fehlen, ich gebe sie Ihnen gerne zurück zur allfälligen Weiterverwendung!

STR KARL HOLUB ÜBERREICHT GR  
DI FRANK MUNDORFF EINE  
PFAUENFEDER!

Gelächter

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Die habt Ihr schon oft verwendet!

STADTRAT KARL HOLUB:

Spaß beiseite - es kann wirklich nicht so sein, daß man zum Pfau wird, wenn man Dinge diskutiert, die vielleicht für jemand anderen auch ein Anliegen sind. So kann

es wirklich nicht sein, und vielleicht gelingt es uns gemeinsam, den Ton wieder auf einen zivilen zu korrigieren. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Nun ist Hr. Dr. Schwager zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Sehr geehrter Hr. Bgm., sehr geehrte Damen und Herren des GR! Meine Wortmeldung ist teilw. durch das, was der "selbstgerupfte" Hr. StR von sich gegeben hat, überholt!

Gelächter

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Es hat da nämlich zwei Kapitel gegeben, aber er ist mir um Sekunden in der Wortmeldung zuvor gekommen. Sie werden sehen, es gibt Gemeinsamkeiten - nicht nur die Federn!

Das eine - der Tarif. Hier geht es bei uns auseinander. Ich bin nicht der Auffassung, daß man sagt, Citybus 5 S und jeder andere Bus mehr. Denn bei uns gibt es nicht die Differenzierung Citybus nach Linien, sondern bei uns gibt es den Citybus praktisch eben nur als kleinen Autobus. So wird er hier eingesetzt, und da kann man nicht sagen - eine Art Sozialtarif -, wenn Du mit einem größeren Bus fährst, mußt Du mehr bezahlen. Das gefällt mir

nicht! Das wäre zwar eine Argumentation, aber die kann ich nicht unterschreiben.

Richtig ist - das war etwas, das ich auch vorweg sagen wollte -, daß man künftighin bei Busentscheidungen etwas weiter schauen wird müssen. Für die Linien, um die es hier geht, ist die hier zu treffende Entscheidung richtig. Nur wenn Sie sich in anderen Städten ein wenig umschaun - in Wien gibt es z. B. einen Postwurf, den jeder Haushalt bekommt und der von den Stadtwerken (Verkehrsbetrieb) herausgegeben wird. Dort wurde vor nicht allzu langer Zeit das Modell "Midi-Bus" vorgestellt. Und zwar mit der Argumentation, daß die Citybusse in Wien - dort verwendet man ja dasselbe Modell wie hier - nicht absolut behindertengerecht und nicht kinderwagentauglich sind. Es gibt jetzt eine Konstruktion, die nur unwesentlich teurer ist in der Ausfertigung, die etwas mehr Leute faßt und die eben diesen Erfordernissen entspricht.

Aber zu dem Antrag, der hier vorliegt, kann natürl. nur die Zustimmung erklärt werden - wenn ich auch Ihnen, Hr. StR Holub, gerne recht gebe, wenn Ihnen die Textierungen, die vom Färbergassen-Turm herkommen, doch etwas zum Schmunzeln Anlaß geben. Wie eben manches, was eine Zwillingsformulierung darstellen kann.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Hr. StR Zagler bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Sehr geschätzte Damen und Herren! Ich habe leider die Wortmeldung des Koll. Spöck nicht mitverfolgt, weil ich in der Schule überraschend einen wichtigen Termin wahrnehmen mußte. Ich werde das aber gerne im Protokoll nachlesen - bzw. wirst Du ohnehin diese Meinung vertreten, daß dies nicht nötig ist, weil ich Deine Meldungen zu diesem Thema aus langjährigen GR- und Ausschuß-Wortmeldungen her kenne. Ich darf das also in meine Betrachtung mit einbeziehen.

Das Thema, womit ich mich befassen möchte, ist ein bißchen weiter darüber hinausgehend, als die Anschaffung dieser Citybusse. Wie wohl die Kritik auch mich nicht ganz ungerührt läßt, daß man bei der Auswahl und bei der Vorbereitung von Entscheidungskriterien durchaus Beispiele im Rathaus, in der Gemeindeverwaltung finden kann, die die Noten "Ausgezeichnet" oder "Sehr gut" verdienen. Wenn ich daran erinnern darf, daß erst in der letzten StS-Sitzung Hr. DI Schönfelder für das Auswahlverfahren, die Parkscheinautomaten betreffend, von allen Fraktionen belobigt worden ist. Hier Lob in dieser Güteklasse

abzugeben. möchte ich nicht machen.

Die Anschaffung der Citybusse steht ja auch nicht irgendwie in Diskussion, daß man etwas anderes machen oder darauf verzichten soll, weil sich diese Citybusse einfügen in das von Stickler vorgeschlagene Verkehrskonzept und auch in das von der SPÖ-Fraktion ausgearbeitete Konzept, das in einem hohen Maße auf Stickler'schen Vorgaben beruht.

Es ist hier wieder - leider passiert das gerade noch in der Öffentlichkeit - anders, als in den Ausschüssen betont wurde, man soll die Gemeinsamkeiten suchen. Gerade in diesem Fall, an das Verkehrskonzept denkend, kann ich mich an die Besprechung der Verkehrssprecher der Fraktionen erinnern, die am Mittwoch voriger Woche stattgefunden hat. Hier waren durchaus konsensuelle Lösungen vorhanden und auch die Bereitschaft der Fraktionen, ein gemeinsames Konzept zu erwirken. Daß man aber dann über die Zeitung, lieber Leopold Pfeil, Tadel einstecken muß, weil man sich als Fraktion Gedanken macht, wie man Sticklers Ansätze noch verdeutlichen, vertiefen, ausbauen bzw. noch verbessern kann. Daß man also Dinge, die Stickler vorschlägt, die auch von Dir und - ich weiß nicht, welchem Teil - Deiner Fraktion mitgetragen werden, sozusagen in Konfrontation stellt zu den Meinungen unserer Fraktion - wenn

ich nur an die Linksabbiegespur am Blümelhuberberg denke.

An und für sich hätte ich von Dir als zuständiger Referent erwartet, daß Du froh bist, wenn Du Fraktionen findest, die mitdenken und mitarbeiten. Die das nicht in der Form machen, daß sie während der Sitzung in dicken Papieren blättern, um nachzuschauen, was denn so anliegt, sondern eine konkrete und durchaus brauchbare Vorarbeit dazu leisten.

Warum die Citybusse mit dem Verkehrskonzept dermaßen harmonisieren? - Es ist ja noch nicht allzu lange aus, daß das Citybus-Konzept, das vor etwa 2 Jahren mit dem Ankauf der ersten Busse ins Leben gerufen wurde, von anderen Fraktionen abgelehnt worden ist. Jetzt ist man soweit, auch diese Zeichen der Zeit zu erkennen, um das Netz zu verdichten. Das Schlagwort, das dabei auch geprägt wurde, ist: "Wir wollen in unserem Stadtgebiet keine weißen Flecken!" - So wie es früher auf der Landkarte bei den unerforschten Gebieten gewesen ist. Wir möchten jedem Steyrer ermöglichen, mit dem öffentl. Verkehrsmittel - ob Großraum- oder Citybus - in die Stadt und an jeden anderen Punkt in Steyr zu kommen. Mit einem Fußweg-Radius, der auch für gebrechliche Menschen erreichbar ist. Genau in diesem Sinne wurde auch dieser Netzvorschlag gemacht und von Bgm. Leithenmayr seinerzeit in Auftrag gegeben.

*Wie ging's dann weiter?*

Er fügt sich also in dieses Gesamtkonzept ein, das ich auch Dir als Verkehrsreferent überreichen durfte. Nach einer gestrigen Rücksprache mit StR Eichhübl hat sich jedoch herausgestellt, daß es bei Euch in der Fraktion noch nicht weitergegeben sein dürfte, weil nicht nur die Citybusse erwähnt sind, denen die SPÖ-Fraktion große Aufmerksamkeit schenkt, sondern auch viele andere Vorschläge zur Verbesserung des öffentl. Personen-Nahverkehrs. Sowohl Maßnahmen zur Komfort-Erhöhung als auch Maßnahmen in der Fahrkarten- und Preispolitik. Damit schließt sich der Kreis in die Richtung, was StR Holub gesagt hat, um diese Spalt- oder Sondertarife für Citybusse zu relativieren. Wir stehen auf dem Standpunkt - hier sind wir mit den Verkehrsexperten weit und breit oder nah und fern einer Meinung -, daß der Einzelfahrschein an und für sich keine belohnenswerte Einführung ist, indem man einen günstigen Tarif gibt, sondern daß die Zukunft der öffentl. Verkehrsmittel die Mehrfahrtenkarte, vor allem die Zeitkarte, darstellt. Ich hoffe, daß auch hier - im Kommunal-ausschuß wird schon darüber beraten - konsensual ein Weg gefunden wird, um gerade jene Kartenkategorien so attraktiv zu machen, daß möglichst viele mit Dauerkarten fahren und auch andere Dinge, die in diesem Konzept enthalten sind, wie die Aufstiegshilfen zum Tabor, zur

Ennsleite, mit einer solchen Karte mitbenützen können.

Ich glaube - was den öffentl. Personen-Nahverkehr betrifft - wir sind fahrgastbehälter- oder fahrgastgefäßmäßig (wie die Autobusse in der Terminologie heißen) auf einem guten Stand, der sich laufend verbessert. Wir haben aber durchaus in Deinem Bereich der Stadtwerke (das stelle nicht nur ich fest, sondern auch Deine Fraktionskollegen geben das über die Zeitung schon bekannt) sehr viel Bedarf der Attraktivierung, der Öffentlichkeitsarbeit u. a. Dinge zu erledigen.

Unsere Fraktion wird dabei auf jeden Fall helfend und hilfreich beiseite stehen und nicht warten, daß Du sozusagen einen Fehltritt oder einen Fauxpas nach dem anderen begehst. Wir wollen Dir gerne helfen, daß wir gemeinsam ein gutes öffentliches Verkehrsmittel bekommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEIMAYR:

Danke sehr. Nun hat sich Vbgm. Dr. Pfeil zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Hr. Bgm., meine Damen und Herren! Auch auf die Gefahr hin, daß wir jetzt das Gebiet der Abstimmung über die Citybusse etwas verlassen, muß ich eine Antwort auf die Wortmeldung von Koll. Zagler geben - ich bitte wirklich um Verständnis.

Zum Verkehrskonzept der Stadt Steyr. Wir haben ausgemacht - das kann niemand bestreiten -, daß nach zweijähriger Verspätung, wo jetzt das Verkehrskonzept endlich fertig vorliegt (jeder weiß, daß ich nicht im geringsten daran schuld bin, daß es so lange gedauert hat; ich bin nämlich wirklich vehement vorstellig geworden, daß es endlich auf den Tisch gelegt wird, und den Vertrag mit Dr. Stickler habe auch nicht ich gemacht) innerhalb der Fraktionen ein möglichst gemeinsamer Nenner gefunden wird. Wir haben einen Konsens gefunden, sodaß eine Weiterarbeit gegeben war - sie wurde fertig vorgelegt. Wir haben vereinbart, daß wir noch nicht an die Öffentlichkeit gehen, daß wir dann erst in eine Podiumsdiskussion gehen und daß die Bevölkerung dann erst zusammen mit den Fraktionen ihre Wünsche einbringt. Hier sollte dann in der Öffentlichkeit diskutiert werden, was noch einzubringen ist, um die Beschlußfassung vom GR ermöglichen zu können.

Ich habe es wirklich schade gefunden, daß sich die Sozialistische Fraktion nicht daran gehalten hat und zwei Tage nach unserem gemeinsamen Gespräch vollkommen überraschend ihre Positionen an die Zeitungen mittels Pressekonferenz gegeben hat. Ich habe es wirklich schade gefunden, denn es wäre für mich als Verkehrsreferent wirklich leicht, meine Informationen, die

ich natürl. mehr habe als alle anderen, sofort weiterzugeben. Ich habe mich strikt an die Vereinbarung gehalten, weil ich es schlecht finde, wenn man sich auf Positionen einzementiert, wo man noch Verhandlungen machen kann und soll. Man muß ja das Verkehrskonzept "gesamt" sehen. Es darf nicht sein, daß man über einen Punkt in der Öffentlichkeit diskutiert - z. B. die Linksabbiegespur am Blümelhuberberg; und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen! Das finde ich schlecht! Man muß das Gesamtkonzept sehen, weil das ja sehr viele Auswirkungen sowohl auf die Siedlung als auch auf den Umbau des Taborknotens hat. Ich möchte, daß man das zuerst intern ausdiskutiert, gemeinschaftlich sieht und dann an die Presse geht. Man kann dann durchaus eine unterschiedl. Auffassung vertreten. Das ist eben so.

Ich habe Dir gerade ein Protokoll von unserer gemeinsamen Besprechung gegeben, wo "vertraulich" draufsteht. Ich bitte um die Vertraulichkeit! Daß man eben die Punkte, die wir jetzt getroffen haben, vertraulich behandelt, um andere Punkte noch vertraulich diskutieren zu können. Wir sind bei der Halbzeit angelangt - dann werden wir sehen, wie weit wir einen Konsens finden. Ich lade wirklich alle Fraktionen ein, beim Verkehrskonzept nicht eine Kehrtwendung oder oppositionellen Charakter einzunehmen

- gerade da, wo überhaupt nicht diskutiert wurde - und solche "Blödheiten", muß ich schon fast sagen, wie Autobahnen, in ein Verkehrskonzept der Stadt Steyr hineinzunehmen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine weitere Wortmeldung? Zagler - die zweite!

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT  
ZAGLER:

Zagler - die zweite; gleichzeitig zu diesem Punkt: Zagler - die letzte! An und für sich ist mir von einem diesbezüglichen Maulkorb, daß über dieses Thema nichts gesprochen werden kann, nichts bekannt. Ich weiß nicht, in welcher Sitzung das ausgemacht wurde. Vielleicht in derselben Fraktionsobmänner-Besprechung, in der Dr. Zöchling noch einstimmig bestellt hätte werden sollen, und dann auf einmal von den vieren, die das beschlossen haben, nur mehr drei übrig geblieben sind. Ich weiß es nicht! Mir ist davon nichts bekannt!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEO-  
POLD PFEIL:

Ich kann es Dir zeigen! Ich habe es schriftlich!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:

Danke sehr; nun gibt es keine weitere Wortmeldung. Ich bitte Koll. StR Eichhübl um sein Schlußwort.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ein kurzes - max. 20 Minuten, Hr. Bgm.! Das kann ich versprechen. Meine Damen und Herren des GR! Endlich einmal ein Antrag, bei dem auch diskutiert wurde. Ich freue mich sehr darüber. Wenn ich das gewußt hätte, hätte ich auch ein Geschenk mitgebracht, aber ich wurde leider überrascht. Ich habe mich nämlich auch schon gefragt, was Koll. Holub in dieser Tasche hat.

STADTRAT KARL HOLUB:

Jetzt weißt Du es!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Jetzt weiß ich es! Ich kann nur eines vorweisen. Das ist das, was Dr. Schwager angeführt hat. Nämlich dieser "Midi-Bus", der in Wien fährt. (StR Roman Eichhübl zeigt ein Zeitungsfoto von einem solchen Bus!)

Bedauerlicherweise paßt er aufgrund der Größenordnung nicht in dieses Konzept hinein, das wir heute hier besprechen. Das wollte ich nur als kleine Anmerkung zu dem sagen, was Dr. Schwager ausgeführt hat. Im übrigen kann ich das nur unterstreichen.

Ich möchte aber doch ein paar Sätze zu dem sagen, was Koll. Spöck wiederum zur Ausführung gebracht hat.

STADTRAT KARL HOLUB:

Könntest Du diese Zeitung Deinen Direktoren auch zeigen? Das würde sie sicher interessieren!

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:  
Ich habe sie ihnen sogar für  
einige Tage geborgt!

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:  
Danke für die kurze Unter-  
brechung - ich habe aber trotz-  
dem den Faden nicht verloren.  
Böse Zungen behaupten ja, Koll.  
Holub ist deswegen so giftig auf  
die beiden Direktoren, weil er  
nicht das Referat der Stadtwerke  
bekommen hat! - Bitte, ich sage  
nur das weiter, was ich gehört  
habe.

STADTRAT KARL HOLUB:  
Ich habe schon größere Verluste  
erlitten!

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:  
Trotzdem habe ich den Faden  
nicht verloren und komme nun  
zu dem zurück, was Koll. Spöck  
gesagt hat. Ich möchte nun einen  
ernsthaften Beitrag bringen.  
Koll. Spöck, Du weißt, daß der  
Antrag der Österr. Volkspartei  
nicht einfach aus mutwilligen  
Gründen "vom Tisch gewischt"  
wurde. Wir haben ja bereits in  
der nächsten Sitzung des kom-  
munalen Betriebsausschusses  
diese Thematik behandelt.  
Gleichzeitig auch unsere Anträge;  
denn auch wir haben Anträge  
eingebracht in diesem Zu-  
sammenhang. Ich darf an den

Zeitfahrchein erinnern, den wir  
uns als Freiheitl. GR-Fraktion  
hätten vorstellen können. Dort  
sind wir in Übereinstimmung mit  
allen Mitgliedern dieses Aus-  
schusses dahingehend verblie-  
ben, daß wir gesagt haben, daß  
wir im Zusammenhang der  
tatsächlich ausgearbeiteten Er-  
höhungen im Bereich der  
Fahrpreise der Städt. Betriebe  
diese Anträge der versch.  
Fraktionen bei einer der  
nächsten Fraktionsobmänner-  
Besprechungen gerne behandelt  
haben möchten.

Ich darf daher bitten, daß man  
das tatsächlich - wenn möglich,  
Hr. Bgm. - bei der nächsten  
Fraktionsobmänner-Besprechung  
auf die Tagesordnung nimmt. Das  
betrifft die ausgearbeiteten Ta-  
rifierhöhungs-Anträge der Städt.  
Verkehrsbetriebe. Weil ich davon  
ausgehe, daß sehr wohl - ich weiß  
nicht, Willi, vielleicht bist Du  
nicht informiert - überlegt wer-  
den muß, ob wir uns tatsächlich  
imstande sehen können, Tarife  
anzuheben. Ich persönlich, glau-  
be nicht!

Daher werde ich mich auch nicht  
an die vorderste Front stellen  
und womöglich derjenige sein,  
der einen Antrag auf  
Tarifanhebung einbringt. Das  
wäre genau die entgegengesetzte  
Richtung, die ich an und für sich  
immer vertreten habe! Das nur  
zur Klarstellung!

Trotzdem bitte ich, daß wir im  
Interesse der Fairness das  
einhalten, was wir im komm.  
Betriebsausschuß beschlossen

haben. Nämlich, daß wir im komm. Betriebsausschuß die Meinung vertreten haben, daß das bei der Fraktionsobmänner-Besprechung ein Thema sein soll - auch der von der ÖVP angeführte Antrag, betreffend die 5-S-Tarife.

Ich möchte jetzt nicht näher darauf eingehen, weil ich ja selbst die Auffassung vertreten habe, daß man nicht von einer Citybus-Linie sprechen kann; sondern die Citybusse sind ein Bestandteil der gesamten Verkehrsbetriebe und auch die Linien, die befahren werden. Also kann man nicht von einer Extra-Linie sprechen. Es wäre wirklich eine ungleichmäßige Behandlung von jenen, die vom Stadtteil Ennsleite oder von Münichholz kommen und 9 S, 14 S (oder was immer er für einen Fahrschein löst) bezahlen müssen, während der andere nur 5 S bezahlt! Das nur als kurze Anmerkung. Ich glaube, darüber kann man sicherlich diskutieren. Ich meine, es soll nicht zu böswilligen Auseinandersetzungen führen.

Fr. Koll. Scheucher hat die Frage gestellt, wann man von einem Niederflurbus sprechen kann. Die Bezeichnung "Niederflur" stammt eigentlich von Bussen größerer Kategorie, wurde dann übernommen für die kleineren Busse. Man spricht davon, daß ein Niederflurbus eine Einstiegshöhe von 32 bis max. 34 cm haben darf. Natürl. gibt es auch Anbieter, die behaupten, in die

Kategorie eingestuft werden zu wollen, aber diesem Maß nicht entsprechen. Ich habe mich erkundigt - die heute zur Beschlußfassung vorliegenden Autobusse haben die Möglichkeit, daß sehr wohl ein Rollstuhlfahrer diesen Bus benutzen kann. Allerdings gibt es mit einigen Rollstuhl-Typen (z. B. mit Elektro-Antriebsmotor) Probleme. Sie sind auch kinderwagengerecht. Es besteht die Möglichkeit, Kinderwagen in diesen Bus mitzunehmen - man kann ohne größere Umstände hineinfahren.

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:

Unverständlicher Zwischenruf

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Es ist trotzdem noch die beste Lösung, die angeboten wird. Fr. Koll. Scheucher, ich stehe zu dem, was ich gesagt habe. Wir haben einmal - von dieser Stelle aus habe ich das gesagt - darüber diskutiert, ob es nicht möglich wäre, diese Busse rollstuhlgerecht umzurüsten mit einer Plattform, die hydraulisch angehoben werden kann. Es war die Rede davon, daß das etwa 30.000 S kosten sollte. Ich kann mich erinnern - von wem auch immer dieser Preis genannt wurde. Auf jeden Fall hat sich herausgestellt, daß eine derartige Umrüstung tatsächlich an die 300.000 S kosten würde.

Mir geht es jetzt nicht ums Geld - das möchte ich sehr deutlich in

den Raum stellen -, sondern mir geht es darum, daß man wirklich dieser Personengruppe hilft, die sowieso etwas abseits steht vom allg. Leben! Ich glaube, in diesem Zusammenhang wäre es doch vorteilhafter, daß wir einmal eine Erhebung in Steyr durchführen, in welchem Bereich Behinderte wohnen. An sich müßte man dann auch wieder das Gerechtigkeits-Prinzip zur Anwendung bringen und sämtl. Busse entspr. einrichten. Es geht nämlich nicht, daß von der Ennsleite her behindertengerechte Fahrzeuge fahren und vom Tabor womöglich nicht! Das soweit auch nur als kurze Anmerkung zu verstehen.

Was Deine Frage betrifft, Karl, bezüglich dieser anderen Produkte. Wir haben im StS schon darüber diskutiert. Ich habe mich jetzt noch einmal intensiver erkundigt. Es ist tatsächlich so, daß es in dieser Größenordnung keinen Busanbieter gibt. Es gibt einen Anbieter, ein holländischer Bus. Dieser kostet allerdings mehr als 2 Mill. S und hat nicht diese techn. Ausstattung. Das ist wirklich der einzige Anbieter, der diesem Produkt, das heute hier zur Debatte steht, in etwa nahe kommt. Soviel als Erklärung - es gibt tatsächl. keinen anderen Anbieter!

Von Fr. Koll. Scheucher wurde auch aufgeworfen, daß nunmehr im Bereich der Schlüsselhof-siedlung der Halbstunden-Takt auf einen stündl. Takt verändert

wurde. Das war die Folge einer länger andauernden Frequenz-Zählung in diesem Bereich. Diese Veränderung ist dann deshalb ins Auge gefaßt und auch von mir forciert worden, weil auf der einen Seite feststellbar war, daß in diesem Bereich die Fahrgast-Frequenz wirklich nicht ausreichend war, und auf der anderen Seite der Wunsch der Bevölkerung aus dem Stadtteil Waldrandsiedlung immer stärker wurde und daher eine Ausweichmöglichkeit gegeben war. Die Bgm. schauen schon auf die Uhr - ich bin schon fertig mit meinem Schlußwort. Aber ich glaube, es war doch notwendig, in diesem Zusammenhang einige Aufklärungen aus meiner Sicht zu geben.

Hr. Bgm., ich darf Sie bitten, die Abstimmung über diesen Antrag durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:

Jetzt schon?

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEI-  
THENMAYR:

Danke sehr. Wer für den Antrag über den Ankauf von 5 Citybussen ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke und gebe den Vorsitz an Vbgm. Sablik ab.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABL-  
LIK:

Ich übernehme den Vorsitz und kündige an, daß nach Abschluß des nächsten Punktes eine Rauchpause von 15 Minuten eingeschoben wird.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR! Wir kehren wieder zurück zur Überdachung der Kunsteisbahn. Der Bgm. ist leider jetzt hinaus gegangen - ich hätte so gerne etwas zu seinen Ausführungen gesagt. Ich werde es mir trotzdem erlauben - das steht ja dann im Protokoll.

Es handelt sich um eine Sicherungseinrichtung. Und zwar geht es um die Absicherung von 3,5 t Ammoniak und eine Warnanlage, die einerseits sehr wohl im Zusammenhang der Überdachung zu sehen ist, aber andererseits - wie ich meine - einen Sicherheitsfaktor darstellt, der in der heutigen Zeit durchaus als gang und gäbe zu betrachten wäre. Daher wird das sowieso von mir, nicht nur als Referent, sondern auch von meinen Fraktionskollegen pos. beurteilt werden.

Im übrigen hätte eine geringfügige Veränderung ebenfalls das Ergebnis gebracht, daß diese Verordnung aus dem Jahre 1971 eingefordert worden wäre. Nun darf ich schon zum Antragstext kommen:

19) ÖAG-50/93  
Stadtwerke

Städt. Kunsteisbahn; Überdachung; baubehördliche Er-  
richtungsbewilligung; Vor-  
schreibung von Sicherheits-  
einrichtungen zur Hebung  
der Betriebssicherheit.

Der Gemeinderat wolle beschlie-  
ßen:

Aufgrund des Amtsberichtes der  
Direktion der Stadtwerke Steyr  
vom 1. 4. 1993 wird im Zu-  
sammenhang mit der bau-  
behörtl. Vorschreibung, in die  
Kälteanlage Sicherheitseinrich-  
tungen zur Hebung der Be-  
triebssicherheit einzubauen bzw.  
um den Bestimmungen der  
Kälteanlagenverordnung 1971  
und der Dampfkesselverordnung  
1986 zu entsprechen, der  
Auftragsvergabe für die durch-  
zuführenden Leistungen an die  
Firma Sulzer Escher Wyss, Wels,  
lt. Anbote vom 1. 3. und 24. 3.  
1993 zum Gesamtanbotspreis  
von

S 566.700,-- (excl. USt.)

(fünfhundertsechsd-  
sechzigtausendsiebenhundert)  
zugestimmt.

Gleichzeitig werden die Stadt-  
werke zur Ausgabe von

S 50.000,-- (excl. USt.)

(fünfzigtausend)

für die Vergabe der notwendigen  
Elektroinstallationsarbeiten er-  
mächtigt.

Die hierfür erforderlichen Mittel  
sind vorerst von den Stadt-  
werken aufzubringen, wobei  
etwaige Abschreibungsanteile im  
Wege des Verlustersatzes an den  
Magistrat rückverrechnet wer-  
den.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44, Abs. 5, des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Die Dringlichkeit geht daraus hervor, daß man rechtzeitig Vorsorge-Maßnahmen treffen muß, um den Saisonbeginn nicht in Frage zu stellen.

Hr. Bgm., ich darf Sie bitten, die Diskussion über meinen Antrag zu eröffnen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Hr. Dr. Tilman Schwager hat sich zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium! Daß wir hier diesem Antrag zustimmen, ändert nichts an unserer grundsätzlichen Haltung, daß wir in Zeiten wie diesen nicht unbedingt die Errichtung dieser Überdachung der Kunsteisbahn befürworten.

Hier handelt es sich aber um eine andere Maßnahme, die einfach erforderlich wurde. Sie wäre auch erforderlich geworden, wenn eine geringfügige bauliche Veränderung notwendig geworden wäre. Wenn nämlich die Anlagenüberprüfung stattgefunden hätte.

Ich muß hier dieser wiederum sehr lieben Formulierung beipflichten, daß die Stadtwerke die Auffassung vertreten, daß vor-

erst den baubehörl. Vorschreibungen entsprochen werden sollte. Traut sich jemand, eine andere Auffassung zu vertreten?

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wer wünscht dazu noch das Wort? Frau Kollegin Scheucher bitte.

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:

Es tut mir leid, daß der Hr. Bgm. jetzt nicht anwesend ist. Es geht mir bei meiner sehr kurzen Wortmeldung um etwas anderes. Selbstverständlich finden wir es gut, daß die Sicherheitsbestimmungen überprüft werden, und wir werden diesem Antrag auch zustimmen.

Aber der Hr. Bgm. läßt wirklich keine Gelegenheit vorbeigehen, um darauf hinzuweisen, daß dieses "14-Millionen-Dach!" eigentlich nur 13,5 Mill. gekostet hätte, wenn nicht die Anrainer so eigenartige Wünsche hätten. Diese Anrainer haben ihre ganz berechtigten Forderungen in der Gewerbeverhandlung vorgestellt. Aufgrund dieser Forderungen, die auch vom Schalltechniker unterstützt wurden, sind eben Schallschutzmaßnahmen notwendig geworden, die ca. eine halbe Mill. Schilling kosten. Das wird immer erwähnt.

Kein Wort fällt jedoch darüber, daß jetzt neue gewerbebehörl. Auflagen notwendig wurden - selbstverständlich - wegen des Daches! Weil die Kunsteisbahn

überdacht wurde, sind andere Bestimmungen gültig. Hier handelt es sich aber um 600.000 Schilling. Das wird nie erwähnt! Ich würde hier schon um Fairness ersuchen, daß man, wenn man das eine immer erwähnt, auch das zweite sagt! Jetzt kostet das Dach eben nicht mehr 14 Mill., sondern 14,6 Mill. S. Trotzdem werden wir aber diesem Antrag zustimmen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Weitere Wortmeldungen? Nicht der Fall. Wünscht der Referent ein Schlußwort?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich möchte kurz bei dem anschließen, was Fr. Kollegin Scheucher gesagt hat. Selbstverständlich ist das richtig. Beim Antrag Nr. 4) der heutigen Tagesordnung - das hat mich auch gestört - steht nämlich drinnen, daß die Maßnahmen zur Lärmdämmung (was an sich sehr pos. ist) den Betrag von 530.000 Schilling - glaube ich, mich erinnern zu können - kosten.

Sie haben von Fairness gesprochen - hier möchte ich mich ebenfalls anschließen. Ich habe ja bereits angekündigt, daß ich diesen Antrag eingebracht habe, und der Bgm. leider nicht anwesend war. Ich möchte ihn auch ersuchen, das Protokoll nachzulesen. Ich darf nämlich ebenfalls um Fairness ersuchen, wenn er immer wieder davon

spricht, daß die FPÖ - im bes. der damalige Parteiobmann Eichhübl - eine Unterschriftenaktion gestartet hat, ob das Hallenbad tatsächlich saniert werden soll oder nicht. Da ist es nicht um die Frage gegangen, das Hallenbad zu sanieren oder nicht, sondern um die Frage, ob Neubau oder Sanierung und von wo das Geld kommt. In diesem Zusammenhang haben wir eine Unterschriftenaktion gemacht.

Damit bin ich schon am Ende meiner Ausführungen. Hr. Bgm., ich darf Sie bitten, die Abstimmung über diesen Antrag durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig beschlossen. Ich danke StR Roman Eichhübl für seine Anträge.

Die Sitzung ist für 15 Minuten Rauchpause unterbrochen.

PAUSE VON 16.10 BIS 16.25 UHR

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf, und ich ersuche den nächsten Berichterstatter, StR Karl Holub, um seinen Antrag.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL HOLUB:

Ich habe einen Antrag aus dem Referat Alten- und Pflegeheim Tabor vorzulegen und bitte um die Beschlußfassung über 3,5 Mill. zur Weiterführung der Bad- und WC-Anlagensanierung im APT.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit eine Erwähnung dazu machen. Erstens, dieser Antrag ist eine Fortführung der bereits beschlossenen Maßnahmen. Zweitens - hinsichtlich der Generalsanierung, die in Diskussion stehen muß, ist beabsichtigt, eine Besprechung mit dem Gutachter, Hr. Lettner aus Salzburg, dem APT-Ausschuß anzubieten. Ich möchte zu diesem Anlaß auch die Damen und Herren des StS bitten, dabei zu sein. Eine separate Einladung zu diesem Termin wird noch erfolgen. Ich glaube, daß es ein sehr umfassendes und komplexes Thema ist, bei dem eigentl. alle Entscheidungsträger in aller Information sein sollen.

20) Bau5-4177/86

Alten- und Pflegeheim Tabor; Mittelfreigabe für die Weiterführung der Sanierungsarbeiten von Bad- u. WC-Anlagen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund d. vorliegenden Amtsberichtes wird der Auftrag zur Deckung der im Jahr 1993 anfallenden Leistungen zur Sanierung der Bad- und WC-Anlagen im Alten- und Pflegeheim Tabor für die Baumeister- und Professionisten-

arbeiten in Höhe von S 3.500.000,-- vergeben.

Die erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 3.500.000,--

(dreimillionen-  
fünfhunderttausend)

werden bei VAST. 5/4200/614000.9 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Keine Wortmeldung dazu, also kommen wir zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dafür sind. Danke. Wer enthält sich der Stimme? Niemand. Gegenstimmen? Keine. Einstimmig angenommen.

Nun bitte ich StR Schloßgangl um seinen Vortrag.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR! In meinem ersten Antrag geht es um den Straßenbau Rennbahnweg samt Parkplätze "An der Enns".

22) Bau3-6746/89

Straßenbau Rennbahnweg samt Parkplatz "An d. Enns"; Vergabe der Arbeiten u. Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund d. vorliegenden Amtsberichtes wird der Auftrag zur Durchführung der Baumeisterarbeiten für den "Straßenbau Rennbahnweg samt Parkplätze 'An der Enns'" an den Billigstbieter, Fa. Zwettler BaugesmbH., Steyr, zum Preis von S 2,692.263,79 incl. MWSt. übertragen.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 2,400.000,--

(zweimillionen-  
vierhunderttausend)

als 1. Baurate, davon 1 Mill. S als Kreditüberschreitung, bei VSt. 5/6120/002500.6 freigegeben.

Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Es liegt keine Wortmeldung vor, also kommen wir zur Abstimmung. Wenn Sie dafür sind, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig.

STADTRAT ING. OTHMAR  
SCHLOSSGANGL:

23) Bau6-166/93

Kanalisation Christkindl -  
Unterhimmel; Kanalanschl.  
Styria

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund d. vorliegenden Amtsberichtes soll für die Styria-Wohnbauten am Christkindlweg die erforderliche Kanalaufschließung im Zuge eines später weiterverwendbaren Kanalprovisoriums als Vorgriff für die Kanalisation Christkindl - Unterhimmel erfolgen.

Es wird daher der Vergabe der Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten an die Fa. Negrelli, Steyr, zum Preis von insgesamt (Teil A und B) S 1,454.701,25 excl. MWSt. zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden für den Teil A (Christkindlweg) Mittel in Höhe von

S 400.000,--

(vierhunderttausend)

bei VSt. 5/8110/050200.3 freigegeben.

Weiters werden Mittel für den Teil B (Unterhimmel) in Höhe von

S 1,055.500,--

(einemillionfünfund-  
fünfzigtausendfünfhundert)

bei VSt. 5/8110/004150.7 freigegeben, davon

S 555.500,--

(fünfhundertfünfund-  
fünfzigtausendfünfhundert)

als Kreditüberschreitung.

Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 des Statutes der Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wird das Wort gewünscht? Nicht der Fall, wir kommen zur Abstimmung. Wenn Sie für diesen Antrag stimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenstimmen? Keine. Stimmenthaltungen? Auch keine. Einstimmig.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

24) Bau3-1756/84  
Ausbau d. Hausleitner Str.;  
Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des GR vom 26. 11. 1992 wurden die Straßenbauarbeiten für den Ausbau der Hausleitner Straße an die Fa. Zwettler, Steyr, zum Preis von brutto S 4,760.242,-- vergeben.

Mit gleichem GR-Beschluß wurde den damit in Zusammenhang stehenden Grundinanspruchnahmen und Entschädigungen mit einem Betrag von S 873.885,- zugestimmt, wovon im Jahre 1992 bereits S 482.000,-- ausbezahlt wurden.

Aufgrund des vorliegenden Amtsberichtes der MA III vom 31. 3. 1993 wird nun der Freigabe der Mittel für den Straßenbau in Höhe von S 4,760.242,-- sowie für die restl.

Grundentschädigungen in Höhe von S 391.885,-- zugestimmt.

Zu diesen Zwecken werden Mittel im Ausmaß von

S 5,153.000,--

(fünfmillioneneinhundertdreiundfünfzigtausend) bei VSt. 5/6120/002480.1 freigegeben.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Es liegt keine Wortmeldung vor. Wer ist dafür? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Einstimmigkeit.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

25) Bau6-6280/89  
"Kanalisation Hausleiten"  
NK 11 a und 11 b; öffentliche Ausschreibung vom März 1993; Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund d. vorliegenden Amtsberichtes der MA III v. 5. April 1993 werden zur Errichtung der Kanalisation Hausleiten die Kanalbauarbeiten in Höhe von S 2,839.075,-- netto und die Straßenbeleuchtungs-Arbeiten in Höhe von S 179.778,-- brutto an die Fa. Kanzler, Waldhausen, vergeben.

Zum genannten Zweck werden Mittel in Höhe von

S 2,840.000,--

(zweimillionenacht-  
hundertvierzigtausend)  
bei VSt. 5/8110/050130.2 für  
den Kanalbau und für die Stra-  
ßenbeleuchtung

S 180.000,--

(einhundertachtzigtausend)  
bei VSt. 5/8160/050000.2 in  
Form einer Kreditübertragung  
aus VSt. 5/8110/050130.2 frei-  
gegeben.

Ich bitte auch hier um Ihre  
Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SAB-  
LIK:

Wünscht jemand das Wort dazu?  
Nicht der Fall, also kommen wir  
zur Abstimmung. Wer ist  
dagegen? Niemand. Stimment-  
haltungen? Keine. Einstimmig  
beschlossen. Punkt Nr. 26) bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR  
SCHLOSSGANGL:

Bei meinem letzten Antrag geht  
es um die Lieferung und Montage  
der PSA.

26) VerkR-8365/92

Lieferung u. Montage von  
Parkscheinautomaten incl.  
Bauarbeiten (1. Ausbau-  
stufe).

Der Gemeinderat wolle beschlie-  
ßen:

Aufgrund d. vorliegenden Amts-  
berichtes vom 31. 3. 1993 wer-  
den nachstehende Anträge

1. Lieferung und Montage der 28  
Stk. PSA in Höhe von S  
4,065.200,-- incl. MWSt. an die  
Fa. Neuhauser, 4053 Haid, und

2. Bauarbeiten für die Energie-  
versorgung der PSA in Höhe von  
S 612.800,-- incl. MWSt. an die  
Fa. Illma Kanal & BaugesmbH.,  
Steyr, sowie

3. Umbauarbeiten der bestehen-  
den Verrohrungen und PSA-  
Standpunkte am Stadtplatz und  
Ennskai in Höhe v. S 110.000,--  
an den Städt. Wi-Hof Steyr  
vergeben.

Zum genannten Zweck werden  
Mittel im Ausmaß von

S 4,788.000,-- (incl. MWSt)

(viermillionensiebenhun-  
dertachtundachtzigtausend)

bei VSt. 5/6400/050000.4 frei-  
gegeben. (BEILAGE)

Ich bitte auch hier um Ihre  
Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SAB-  
LIK:

Hr. Dr. Pfeil hat sich zu Wort  
gemeldet. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEO-  
POLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und  
Herren! Im Verkehrsausschuß  
am 21. Oktober 1992 wurde die  
grundlegende Vorgangsweise in  
Richtung gebührenpflichtiges  
Parken einstimmig beschlossen.  
Daraufhin wurde auch ein  
Arbeitskreis gebildet, der zw. MA  
I und MA III aufgeteilt war. Ich  
möchte mich bei allen  
Betroffenen bedanken für die  
bisher sehr gute Zusammenarbeit  
und für das ausgezeichnete  
Vorbereiten dieses Projektes. Das  
hat bis jetzt - nicht nur zw. den

Beamten der beiden betroffenen Abteilungen (eigentl. sind es ja fast 3 Abteilungen), sondern auch bei den Vertretern aller pol. Fraktionen - bestens funktionierte!

Es ist, glaube ich, ein sehr guter Weg beschritten worden. Heute haben wir die 28 PSA zu beschließen, die von einer Fa. kommen, die nicht nur preisl., sondern auch techn. das beste Angebot erstellt hat. Wir werden an den 3 vorgesehenen Standorten diese PSA ab 1. 9. in Betrieb nehmen.

Nächste Woche werden wir auch in aller Kürze im StS noch bestimmen, wie das Überwachen geschehen soll und wer es machen wird. Ansonsten - da bin ich sicher - wird Steyr mit dem Termin 1. 9. in ein neues Verkehrs-Zeitalter gehen. Wir sind vielleicht nicht ganz die ersten, die dieses gebührenpflichtige Parken eingeführt haben. Das hat aber auch gew. Vorteile, weil wir nicht alle Fehler der Nachbargemeinden oder -städte, die das schon gemacht haben und ein gew. Neuland betreten haben, machen werden. Wir konnten uns an vergleichbaren Städten sehr gut orientieren und haben aus ihren Fehlern gelernt. So war auch die Zusammenarbeit mit den anderen Statutarstädten Oberösterreichs bzw. in anderen Bundesländern, wie z. B. Krems, hervorragend. Sie haben bereitwillig ihre Erfahrungen der Stadt Steyr mitgeteilt. Das wollte

ich hier nicht unerwähnt lassen. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke - nun ist StR Dkfm. Zagler am Wort.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Sehr geschätzte Damen u. Herren! Ich habe ja beim Antrag bezügl. der Anschaffung der Citybusse schon darauf hingewiesen, daß die Vorbereitung wirklich professionell gewesen ist, was die Entscheidungskriterien zur Anschaffung dieser PSA anlangt. Ich darf Hr. DI Schönfelder von hier aus noch einmal danken.

Ich möchte aber auch darüber informieren, nachdem die Fraktionen unser Verkehrskonzept-Papier in Händen halten, daß wir dort auch einige Wünsche postuliert haben, die wir gerne verwirklichen möchten. Obwohl wir dazu alleine die Kraft nicht haben. Nicht deswegen alleine die Kraft nicht haben, weil in einem GR von 36 Mitgliedern 17 Stimmen zu wenig sind, sondern weil wir dazu auch das Mitwirken anderer Gremien brauchen. Im bes. auch das Mitwirken des Landtages bzw. des Bundes. Sie haben vielleicht auch in den Medien, soweit Sie unser Papier noch nicht kennen, das sog. Wiesbadner Modell gelesen. Es geht dabei um einige Dinge bzw. Hauptmerkmale, die für mich erwähnenswert sind. Nämlich, daß man eine Park-

gebühren-Differenzierung anstreben soll. D. h., daß bes. wertvoller Parkraum teurer zu kaufen ist, als "weniger" wertvoller Parkraum. Die Zeitung hat ein Bsp. als markanten Unterschied gebracht: Stadtplatz und Wieserfeldplatz.

Noch etwas beinhaltet das Wiesbadner Modell. Nämlich, daß sehr deutlich festgelegt ist, daß in Wiesbaden nur jene Bewohner in den Genuß des Bewohnerparkens kommen, die den Hauptwohnsitz in diesen bewirtschafteten Gebieten haben. Auch das können wir mit dem heutigen Tag noch nicht exekutieren oder umsetzen, weil es nach dem Österr. Meldegesetz im Augenblick die Möglichkeit gibt, mehrere ordentl. Wohnsitze zu haben. Der Begriff des Hauptwohnsitzes und der Nebenwohnsitze ist noch nicht geklärt. Aber nach den Beamten im Haus, die sich mit dem Wahl- und Meldegesetz beschäftigen (im Statistischen Amt, im 4. Stock), ist die Auskunft, daß Mitte d. Jahres eine Gesetzesänderung zu erwarten ist. D. h., daß wir in diese Richtung kommen, um auch eines wegzubringen - nämlich die möglicherweise da und dort schon festgestellte Beurteilung d. Ermessens-Spielraumes durch den Beamten oder möglicherweise durch versch. Beamte in derselben Abteilung.

Noch ein paar Dinge, die bei uns für das Parkraumbewirtschaften von Wichtigkeit sind. Die Verwendung der Gelder aus der

Parkraumbew. Es ist auch über die Medien herangetragen worden, wir würden den Beschluß so weitgehend fassen, daß auch Straßenbauten damit möglich wären. Wir sind auch hier wieder durch ein Landesgesetz gebunden, das so zu formulieren. Aber unser Wille war seinerzeit schon beim Grundsatzbeschluß vorhanden, das dem öffentl. und dem ruhenden Verkehr zur Verfügung zu stellen. Davon sind wir keinen Millimeter weit abgerückt.

Gerade auch im Zusammenhang mit der Anschaffung der Citybusse, die außerbudgetär über Sparkassengelder vorfinanziert werden sollen, wird also über die Parkraumbew.-Gelder ein Rückfluß dieser zinsenlosen Darlehen aus dem Sparkassenfonds an den Sparkassenfonds kommen.

Noch etwas, das leider bislang in diesem Parkgebühren-Konzept der Stadt Steyr noch nicht enthalten ist, was wir aber dringend einfordern, ist die Überlegung, die Möglichkeit zu schaffen, private Stellflächen in das Konzept einzubeziehen. Ich denke hier als Paradebeispiel an die Parkplätze bei der Bauernkammer oder beim Casino-Restaurant, die sehr stadtnahe sind. Oder auch bei einer geplanten Erweiterung der Forum-Garage, die Einbeziehung der bisher der Wr. Städtischen gehörigen Abstellplätze in diesem Parkkeller in die öffentl. Bewirtschaftung. Was uns ebenfalls noch ein Anliegen ist, die

Parkgebühren zu betrachten, ist, daß wir die Parkgebühren-Regelung auch in das Tarifsystem der öffentl. Buslinien mit einbeziehen wollen. D. h., daß eine Kombination des Parkscheines mit der Fahrkarte möglich ist. Das steht vielleicht jetzt nicht unmittelbar mit der Bewirtschaftung im Stadtzentrum in Zusammenhang, weil ja hier der PKW-Fahrer bis ins Zentrum fährt, um dort seine Geschäfte zu erledigen, sondern das ist eher gedacht, wenn dann die Parkplätze an der Peripherie angeboten werden im Rahmen des Park & Ride.

Aber an und für sich steht unsere Fraktion natürl. zu diesem Beschluß, der uns sicherlich nicht von allen Bürgern der Stadt hoch angerechnet wird, der aber doch eine hohe Akzeptanz finden wird. Damit die Anrechnung durch unsere Bürger noch möglich wird, soll eben auch diese Liniennetz-Ausweitung (die neuen Citybus-Linien) mit 1. Sept. dazukommen, damit ein abgerundetes Konzept vorliegen kann.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Liegt eine weitere Wortmeldung vor? Nicht der Fall. Wird ein Schlußwort gewünscht? Auch nicht der Fall, also kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Stimmenthaltungen? Keine. Gegenstimmen? Ebenfalls keine. Einstimmig.

Ich danke Koll. StR Eichhübl und ersuche nun StR Tatzreiter um seinen Vortrag.

BERICHTERSTATTER STADTRAT  
LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR! In meinem ersten Antrag geht es um die Baufortschreitung der FFW in der Steiner Straße für den Löschzug III. Es geht um die Mittelfreigabe für die Deckung der im Jahr 1993 anfallenden Teilleistungen für die 2. Bauetappe - Baumeisterarbeiten der Fa. Hamberger, S 1.800.000,--; Zimmermannsarbeiten der Fa. Gundendorfer, S 285.200,--; MWSt-Zahlungen in Höhe von S 763.900,--.

27) Bau5-2224/90

FFW Stein, Steiner Straße,  
Löschzug III; vorläufige  
Mittelfreigabe für die 2.  
Bauetappe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund d. vorliegenden Amtsberichtes wird zur Weiterführung der 2. Bauetappe für die Baumeister- und Professionistenarbeiten einer Mittelfreigabe im Ausmaß von

S 2.849.000,--

(zweimillionenachthundertneunundvierzigtausend) bei VSt 5/1630/010030.7 zugestimmt.

Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABL-  
LIK:

Wer wünscht dazu das Wort?  
Niemand - wir kommen zur  
Abstimmung. Wer ist dafür?  
Danke. Wer ist dagegen? Nie-  
mand. Stimmenthaltungen? Kei-  
ne. Nächster Punkt.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es um  
notwendige Instandsetzungsar-  
beiten für die Lebenshilfe (In-  
dustriestraße 8 - 10) - Neuein-  
deckung der schadhaften Ziegel-  
dachdeckung am Südwesttrakt  
bzw. die Durchführung der damit  
verbundenen Spenglerarbeiten.

Ich bitte Sie, dem zuzustimmen,  
da dieser Verein wirklich ein  
wohltätiger ist. Ich weiß, daß  
durch den Mietvertrag natürlich  
die Lebenshilfe dazu veranlaßt  
wäre, diese Arbeiten durchzu-  
führen bzw. zu bezahlen. Wir  
glauben jedoch, daß wir als  
Stadtgemeinde einen Teil dieser  
humanitären Leistungen ein-  
bringen könnten.

28) GHJ2-7774/92

Lebenshilfe Steyr; Ansu-  
chen um Durchführung v.  
Instandsetzungsarbeiten  
am Objekt Industriestra-  
ße 8 - 10.

Der Gemeinderat wolle beschlie-  
ßen:

Aufgrund des Amtsberichtes der  
MA VI vom 11. 3. 1993 wird im  
Zusammenhang mit den In-  
standsetzungsarbeiten am Objekt  
Industriestraße 8 - 10 nachfol-

gender Auftragsvergabe zuge-  
stimmt:

Dachdeckerarbeiten: Fa. Staf-  
felleitner, Enns: S 150.730,24 o.  
MWSt.

Zum genannten Zweck werden  
Mittel im Ausmaß von

S 151.000,--

(einhundertein-  
undfünfzigtausend)

bei der VA-Stelle  
1/8460/614000.4 freigegeben.

Der Kostentragung durch die  
Stadt Steyr aufgrund der hu-  
manitären und sozialen Lei-  
stungen durch die Lebenshilfe  
wird zugestimmt.

Ich bitte Sie, diesem Antrag zu-  
zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABL-  
LIK:

Keine Wortmeldung liegt vor -  
wir kommen zur Abstimmung.  
Wer ist dafür? Danke. Gegen-  
stimmen? Keine. Enthaltungen?  
Ebenfalls keine. Einstimmig.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

In meinem letzten Antrag geht es  
um die Übernahme eines Grund-  
stückes - in Gleink - in das öf-  
fentl. Gut. Fam. Neustifter hat  
Interesse, das Grundstück im  
Ausmaß von 287 m<sup>2</sup> zu ver-  
kaufen (Länge: 85 m, Breite: 3  
m). Dort ist die öffentl. Straße  
gestaltet; sie hätten auch die  
Bitte, dieses Stück der Öffent-  
lichkeit zu übergeben.

29) ÖAG-7199/92

Übernahme des Grundstück-

kes 580/2, KG Gleink, in das  
öffentliche Gut.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MD, Rechtsreferat, vom 23. März 1993 wird der unentgeltlichen Übernahme des Grundstückes 580/2, KG Gleink, im Ausmaß von 287 m<sup>2</sup> von den Ehegatten Hubert und Ludmilla Neustifter, 4407 Gleink, Klosterstraße 1, in das öffentl. Gut unter gleichzeitiger Einreihung als Ortsweg zugestimmt.

Ich bitte auch hier, die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Keine Wortmeldungen? Wer ist für diesen Antrag? Danke. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Keine. Danke.

Jetzt bitte ich den nächsten Berichterstatter, StR Zagler, um seine Anträge.

BERICHTERSTATTER STADTRAT  
DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Sehr geschätzte Damen und Herren - die 3 Anträge zur heutigen Sitzung. Im ersten geht es um die Umschuldung div. Bankdarlehen, wobei der Ausdruck Umschuldung vielleicht ein nicht ganz glücklicher ist. Man könnte sagen, die Reorganisation von Bankdarlehen.

Ich möchte kurz einleiten, worum es dabei geht. Wir haben in der Budget-Sitzung am 17. Dez. im letzten Jahr einen bereits

weitreichenden Beschluß gefaßt in die Richtung der Reorganisation unserer Darlehensbewirtschaftung, indem wir alle länger laufenden Darlehen (die eine längere Restlaufzeit als 10 Jahre hatten) auf eine Restlaufzeit von 10 Jahren zurückgeführt haben. Klarerweise nur jene längerfristigen Darlehen, die eine Verzinsung über dem damaligen Marktzinsfuß hatten. Es war ein Darlehensvolumen von etwa 200 Mill. S, das davon betroffen war. Wir haben damals schon in den Amtsbericht aufgenommen, daß es an und für sich auch sinnvoll wäre, die Konditionen der Bankdarlehen an die Marktgegebenheiten anzupassen, weil gerade das Rathaus - um es nicht zu personifizieren - vielfach in den Medien vorgekommen ist. - Da nicht immer die glücklichsten Verträge abgeschlossen wurden, war sehr viel "FORTUNE" dadurch gegeben, weil keine Zinssatz-Bindungen vereinbart wurden, sondern weil der Zinssatz einer freien Regelung unterlag bzw. eine Nachbesserung möglich war. Wir haben nun von diesen Möglichkeiten Gebrauch gemacht - der Ausfluß ist in diesem Antrag gegeben. Wir haben mit jenen Instituten, bei denen wir Darlehen mit einer Verzinsung über dem üblichen Marktzins hatten, Nachverhandlungen gepflogen. Ein Großteil der Banken ist auf diese Nachverhandlungen eingegangen und hat hier Reduktionen durchgeführt. Das

hat mir eingebracht, daß mich einige Bankdirektoren nicht mehr ganz so freundlich grüßen wie vorher. Aber der Stadt hat es eingetragen, daß ein hohes Einsparungspotential erkannt wurde. Manche Banken haben bei dieser Reduktion nicht mitgemacht; sie haben uns sozusagen dazu gezwungen, Ersatzgläubiger zu finden. Diese haben wir auch gefunden - in der Form der Oö. Wechselseitigen Versicherung und der Wr. Städt. Versicherungs AG.

Nun liegt eben dieser Antrag vor. Die Umschuldungen sind - wie vorgeschlagen - von 24 Mill. S von der Kommunalkredit AG zur Oö. Wechselseitigen Versicherungsanstalt durchzuführen und eine Umschuldung von Darlehen der Bank Austria zur Wr. Städt. Allg. Versicherungs AG in Höhe von 75 Mill. S. Ich darf vielleicht noch als "Garnierung" dazu sagen, um welche Geldbeträge es sich handelt. Damals bei der Budget-Sitzung sprachen wir davon, daß wir durch diese Maßnahmen etwa 120 Mill. S ersparen, und ich habe - auch im Einvernehmen mit StR Karl Holub, der von dieser Branche ist und sich im Geschäft auskennt - gesagt, klarerweise ist das nicht der Barwert, also der Wert dieser Schillinge am heutigen Tag, sondern angesammelt über die 10 Jahre aufgeteilt. Man müßte der Ehrlichkeit halber diese Beträge auf den heutigen Tag abzinsen.

Ich habe mir die Mühe gemacht, eine Abzinsung - sowohl der damaligen als auch der jetzigen Maßnahmen - durchzuführen. Man kommt hier auf einen Betrag von 67 Mill. S an "echter" Einsparung - also "Wert dieser Tage".

Genauso, wie ich heute schon Hr. DI Schönfelder von dieser Stelle aus gelobt habe, möchte ich auch Hr. Mag. Lemmerer wirklich hochgradigen Dank aussprechen. Denn er hat diese Vorbereitungsarbeiten geleistet, die uns in einer sehr kritischen Situation, wo die Einnahmen laufend zurückgehen durch die schlechtere Wirtschaftslage, vor dem allerschlimmsten bewahrt. - Ich glaube, wir müßten überhaupt viel mehr Positivmeldungen aus unserem Haus hinausbringen, um andere anzu-spornen, dem nachzueifern - sofern die Kraft und die Fähigkeiten anderer dazu ausreichen.

Wir müssen uns schon auch der Gesamtverantwortung bewußt sein, Roman! Nicht so im Zwischendurch-Wortwechsel auf den Vorhalter ÖVP-Fraktion - Du hast früher anders gesprochen über Tarifierhöhungen - sagen, Du wirst den Antrag nicht stellen. Wenn ich das so höre, bitte ich wieder, unsere gesamte Finanzgebarung, unsere Gestion im Auge zu behalten. auch Deine Referate hierbei im Auge zu behalten. Das einzige, das ich verstehen könnte, nachdem im Ausschuß eine sehr hohe

Übereinstimmung über die notwendigen Maßnahmen gefunden wurde, daß Du den Antrag nicht einbringen wirst. Ich weiß nicht, trittst Du als zuständiger Referent bis zu dieser Sitzung zurück oder kannst Du das in einer anderen Art und Weise vielleicht noch aufklären.

30) Ha-3820/92

Umschuldung diverser Bankdarlehen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA II vom 3. März 1993 wird für die Umschuldung diverser Bankdarlehen folgendes beschlossen:

- a) Die Stadt Steyr nimmt bei der OÖ. Wechselseitigen Versicherungsanstalt, Gruberstr. 32, 4020 Linz, zu den angebotenen Bedingungen ein Darlehen in der Höhe von S 24.000.000,-- auf.
- b) Weiters nimmt die Stadt Steyr bei der Wiener Städtischen Allgemeine Versicherungs AG, Ringturm, 1011 Wien, zu den angebotenen Bedingungen ein Darlehen von S 75.000.000,-- auf.
- c) Zur Sicherstellung dieser Darlehen dient die Verpfändung der bundesgesetzlich geregelten Gemeindeabgaben und/oder Bundesabgabenertragsanteile, u. zwar in Höhe der jährl. Zahlungsverpflichtungen aus diesen Darlehensverträgen.
- d) Sollte, aus welchen Gründen auch immer, mit einem der o. a. Darlehensgeber kein Darlehens-

vertrag zustande kommen, kann das Darlehensvolumen bei dem gem. Pkt. I des Amtsberichtes der MA II nächstgereihten Darlehensgeber, der bereit ist, das Volumen zu seinen angebotenen Bedingungen zu übernehmen, aufgenommen werden. Dies allerdings nur bis zu einer Zinssatzvereinbarung mit einem max. Aufschlag von 0,5 % zur Sekundärmarktrendite für Anleihen i.w.S. gem. Tab. 5.4 der Mitteilungen des Direktoriums der OeNB.

e) Infolge der Dringlichkeit wird gem. § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr 1992 (StS 1992) der Magistrat zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. StR Roman Eichhübl hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Der Form halber muß ich jetzt sagen, daß ich selbstverständlich dem vorgelegten Antrag die Zustimmung erteilen werde. Ich hoffe, daß das Gremium dafür Verständnis hat, daß Koll. Zagler in diesem Zusammenhang eine Frage an mich gestellt hat, die ich gerne beantworten möchte von dieser Stelle aus.

Ganz kurz gesagt: Mir geht es darum, daß wir bereits am 11. Februar im kommunalen Be-

triebsausschuß über die vorgeschlagenen Anhebungen der Tarife - die sind im übrigen im Zusammenhang der Förderung aus dem Familienlasten-Ausgleichsfonds erarbeitet worden - diskutiert haben und zur Übereinstimmung gekommen sind, daß diese Vorlage bei einer der nächsten Fraktionsobmänner-Besprechungen zur Behandlung kommen soll, um ein Meinungsbild zu erfahren.

Ich sage es noch einmal: Ich werde nicht die treibende Kraft sein, mich hinstellen und sagen, daß wir ab sofort die Tarife anheben sollen. Das habe ich damit gemeint. Es ist natürl. durchaus möglich, daß ich heute als Referent einen Antrag vortragen muß, der nicht meiner eigenen Meinung entspricht. Ich glaube, damit ist die Frage soweit aufgeklärt. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Nicht der Fall.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich verzichte auf das Schlußwort!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wenn Sie dafür sind, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Beim zweiten Antrag geht es um einen Betrag von 497.600 Schilling, der aus einer budgetierten Voranschlagspost freigegeben werden soll, sowie eine Kreditüberschreitung von "ganzen" 2.400 Schilling zur selben Sache. Nämlich zu einer Subvention an die Personalvertretung des Mag. Steyr zur Durchführung der Personalbetreuung.

Im kurzen umrissen, werden damit Maßnahmen finanziert, wie Kinderaktionen, Weihnachtsfeiern, Unterstützung der sportl. Aktivitäten der Mag.-Bediensteten. Und um auf die gespendeten Lobworte heute noch hinzuweisen: "mens sana in corpore sano" - gesunde Mag.-Bedienstete haben bessere Leistungspotentiale; daher ersuche ich, diesem Antrag zuzustimmen.

31) Ha-63/93

Subvention zur Durchführung d. Personalbetreuung 1993.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MD vom 12. März 1993 wird der Personalvertretung des Magistrates der Stadt Steyr zur Durchführung der Personalbetreuung im Jahr 1993 eine Subvention von insges. S 500.000,-- gewährt. Diese Subvention wird dergestalt zur Auszahlung gebracht, daß die

1. Rate nach Beschlußfassung durch den GR der Stadt Steyr und die

2. Rate zur Monatsmitte August 1993 zur Auszahlung gelangen soll.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 497.600,--

(vierhundertsiebenundneunzigtausendsechshundert) bei der VSt. 1/0940/757000.0 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung in Höhe von

S 2.400,--

(zweitausendvierhundert) bei derselben VSt. bewilligt. Die Deckung hat durch Mehreinnahmen bei den allg. Deckungsmitteln zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wer wünscht dazu das Wort? Niemand. Wer ist für diesen Antrag? Danke. Wer ist dagegen? Keine Gegenstimmen. Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Wir haben nun über einen Antrag abzustimmen, der hervorgerufen wurde durch eine Novellierung des Oö. Gemeinde-Getränkesteuergesetzes. Bei diesem Antrag geht es darum, daß in versch. Gemeinden die Besteuerung von Früchteisspezialitäten und Speisen, die unter Verwendung von Speiseeis zubereitet wurden, versch. gehandhabt worden ist. D. h.

beispielsweise, in der Gemeinde A war der Bananensplit "getränkezuversteuern", in der Gemeinde B nicht. Die Birne Helene: hier Steuer, dort nicht - hier mehr Steuer, dort weniger Steuer.

Es ist den zuständigen Interessensvertretungen gelungen, den Landesgesetzgeber dazu zu animieren, alle diese Früchteisspezialitäten und Speisen, die durch Verarbeitung von Speiseeis erzeugt werden, getränkesteuerfrei zu stellen.

Der bittere Nachgeschmack dieser süßen Speisen ist der, daß die Stadtkasse dadurch wieder einmal um 100.000 Schilling per anno weniger Einnahmen erwirtschaften wird. Trotzdem - im Sinne der gemeinsamen Vorgangsweise der Gemeinden - bitte ich, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

32) Gem III-3121/88

Novellierung der Gemeinde-Getränkeabgabenverordnung der Stadt Steyr v. 3. 7. '92.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Stadtsteueramtes vom 11. März 1993 wird die Novelle der Gemeinde-Getränkeabgabenverordnung der Stadt Steyr genehmigt.

Die Verordnungsnovelle tritt rückwirkend mit 1. 1. 1993 gem. den Bestimmungen lt. Artikel II des LGBI. Nr. 12/1993 (2. Gemeinde-Getränkesteuergesetz-Novelle 1992) in Kraft. Die

Kundmachung erfolgt gem. § 65 Abs. 1 des Statutes der Stadt Steyr, LGBl. Nr. 9/1992, durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt. (BEILAGE)

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Wird das Wort gewünscht? Nicht der Fall. Wer ist dafür? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen werden nicht angezeigt. Einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde. Hr. Dr. Pfeil hat sich bereit erklärt, der Ankündigung des Bgm. zu folgen und wird nun in der Aktuellen Stunde über die Interventionen bei Bund und Land bezüglich der Anbindung Steyrs an die Westbahnstrecke Bericht erstatten.

### *Beginn der Aktuellen Stunde: 17 Uhr*

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Einem GR-Beschluß folgend, haben wir mit Vertretern von Bund und Land Verhandlungen aufgenommen. Eine GR-Delegation bzw. Vertreter aller im GR vertretenen Parteien waren aufgefordert, zu den entspr. Politikern zu fahren bzw. zu sprechen.

Es gab am 6. 4. bei Verkehrsminister Dr. Viktor Klima ein Gespräch, wobei von der Stadt Hr. Vbgm. Sablik, Hr. StR Schloßgangl, Hr. StR Zagler und ich dabei waren. Dem Ver-

kehrsminister wurde die Situation Steyrs dargelegt; wir haben ihn auf die katastrophale überregionale Verkehrssituation in Steyr aufmerksam gemacht. Steyr ist in einer Verkehrsrandlage - wir sind auf normalem Weg in Steyr nicht erreichbar. Weder mit dem Flugzeug noch mit der Eisenbahn, noch gescheit mit dem Auto. Das ist eine Tatsache, und BM Klima hat das auch zur Kenntnis genommen. Auch ein Vertreter der Bundesbahn war anwesend. Hr. Dr. Klima hat zwei Zusagen gemacht: Erstens, daß er innerhalb von 14 Tagen (das wäre jetzt, denn das Gespräch hat am 6. 4. stattgefunden) einen Auftrag an die Hochleistungsbahn AG vergibt, um eine Machbarkeits- bzw. eine Wirtschaftlichkeitsprüfung für diesen Streckenabschnitt über Steyr zu veranlassen. Zweitens hat er versprochen, daß im Bereich Mostviertel über die neue Strecke St. Peter - St. Valentin kein Spatenstich erfolgt, bevor diese Studie nicht vollendet bzw. fertig ist.

Sie wissen ja, es geht im Prinzip darum, daß im Mostviertel - parallel zur alten Eisenbahn, zur bestehenden Westbahn - eine neue, 2gleisige Hochleistungsstrecke gebaut werden soll; und zwar zwischen den Bahnhöfen St. Peter und St. Valentin, die in einigen km Entfernung zur bestehenden Trasse neu trassiert werden soll. Darum würde sich für uns die Chance ergeben, daß

diese zwei neuen Geleise über Steyr geführt werden. Das ist also eine vollkommen neue Situation, als vor dem Projekt, das vor einigen Jahren in Steyr aktuell war!

Heute morgen hat es mit dem zuständigen Landes-Verkehrsreferenten, Dr. Pühringer, in Linz ein Gespräch gegeben - es war wieder mit Vbgm. Sablik und StR Ing. Schloßgangl. Insbes. Hr. Dr. Pühringer hatte sehr großes Verständnis für die schlechte Verkehrslage Steyrs. Er ist sich dieser Thematik bewußt und hat uns seine vollste Unterstützung zugesagt. Er hat auch versprochen, daß er das in der LR besprechen wird.

Natürl. müssen wir realistisch sein. Auch ein Fachbeamter war anwesend. Wir haben - nachdem Dr. Pühringer nicht allzu lange Zeit gehabt hat - auch mit diesem Fachbeamten noch länger gesprochen; natürl. sind wir uns auch der Problematik bewußt. Die Hochleistungsbahn baut ja die Strecken, daß die beiden Strecken parallel zu den alten, bestehenden Strecken als Hochleistungsstrecken gebaut werden. Es ist dann zu diskutieren, ob Steyr davon wirklich etwas hat. D. h., daß tatsächlich auch Züge dieser Strecke in Steyr stehen bleiben und der Wirtschaftsraum Linz - Wels - das wollen wir ja - von Steyr richtig versorgt werden kann mit diesen beiden bestehenden Hochleistungsstrecken. Aber das wird ja die

Prüfung bei der Hochleistungsbahn AG erbringen.

Das ist der Stand der Dinge, den ich dem GR mitteilen wollte. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLIK:

Danke. Wer meldet sich seitens der SP-Fraktion zu Wort? Hr. StR Zagler bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ich danke auch von dieser Stelle aus noch einmal, daß mir die Möglichkeit eingeräumt wurde, bei diesem Gespräch mit Dr. Klima dabei zu sein. Es war so, daß wir eine Bestätigung bekommen haben, daß eine Kosten-Nutzen-Analyse aller vorliegenden Wünsche und Trassen gemacht wird, bevor noch ein Spatenstich für den geplanten Ausbau dieser Westbahnstrecke vorkommt.

Warum soll überhaupt die Westbahn in diesem Ausmaß ausgebaut werden? Es ist ja kein Geheimnis: Durch die Mobilitäts-Notwendigkeiten, durch die verstärkten Notwendigkeiten, auf der Ost-West oder West-Ost-Achse Güter und Personen zu befördern, ist eine leistungsfähigere Bahn nötig. Aber nicht nur eine leistungsfähigere Bahn - Sie haben ja sicherlich alle gehört, daß auch daran gedacht wird, nicht nur die Eisenbahn, also den Schienenstrang zu erweitern, sondern auch die Autobahn auf dieser Strecke,

weil eben das Verkehrsaufkommen in diesem Fall nicht mehr untergebracht werden kann. Ebenso wie hier die Diskussionen laufen, sollte es auch für die Steyrer eine Möglichkeit geben, prüfen zu lassen und Überlegungen anstellen zu lassen, einen Autobahnast - ähnlich dem Eisenbahnast - über diese Strecke führen zu können (sei es eine Autobahn, eine Schnellstraße oder was immer). Nämlich um genau jene Nachteile, die von vielen von uns bei anderen Gelegenheiten und bei anderen Reden immer wieder ins Treffen geführt werden, daß wir einen so benachteiligten Standort in Steyr hätten, aufzubessern.

Wenn ich mich zurück erinnere, hat es ja vor einigen Jahren schon Vorstöße gegeben, die Westbahn herzubekommen. Wir haben sie damals nicht bekommen, haben aber dafür eine bessere Fahrplangestaltung erhalten, eine bessere Zugverbindung in den Zentralraum durch Direktzüge, Garsten - Wels beispielsweise, und durch die Fahrzeitabkürzung in beträchtlichem Ausmaß. Vielleicht sollte man auch hier diesen Autobahnplan so sehen, daß möglicherweise keine Autobahn entstehen wird, aber doch eine Verbesserung der dringend notwendigen Varianten bzw. Tangenten - auf der einen Seite nach Stadt Haag hin, auf der anderen Seite nach Sattledt oder nach Ried i. Traunkreis, je nach

dem, ob Westautobahn oder Pyhrnautobahn - durchgeführt werden kann.

Man sollte - genauso, wie man sich von einem Projekt "Westbahn über Steyr" nicht leichtfertig verabschieden sollte - auch von einem solchen Straßenprojekt nicht leichtfertig einen Rückzieher machen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Nun ist Hr. StR Schloßgangl an der Reihe.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich möchte zu dem heutigen Besuch bei Dr. Pühringer kurz etwas sagen. Auch der Verkehrsplaner des Landes, Dr. Höfler, war dabei, der uns eigentl. sehr aufschlußreich Anregungen gegeben hat, daß wir nicht unbedingt die Hochleistungsbahn nach Steyr fordern sollten, denn es wird zwangsläufig zu einem Splitting der Bahn kommen. Selbst wenn unsere Ideen und unsere Forderung verwirklicht werden sollten, würden dann diese Städtezüge sicherlich nicht in Steyr halten. Außerdem wäre der gesamte Regionalverkehr, Steyr - Linz z. B., von diesen Intercity-Zügen, wenn die mit Verspätung übergeben werden, auch von dieser Verspätung betroffen - sofern sie in Steyr halten. Wir hätten dann auch in der Frequenz, nachdem diese Schiene beim Splitten ja geteilt wird,

wesentl. weniger Züge und vielleicht sogar auch eine schlechtere Verbindung als jetzt.

Ich glaube, wir müßten versuchen, wirklich die Regionalzüge, die Anbindung an den Zentralraum und eine Direktanbindung Linz-Wels-Steyr zu erreichen. Einen 2gleisigen Ausbau, wobei es natürl. - das hat auch Minister Klima gesagt - ganz entscheidend sein wird, ob die Frequenz nachgewiesen werden kann. Daran scheiterte es ja bisher, daß die Bahn auch jetzt bei den Taktzügen zu wenig ausgelastet ist von Steyr nach Linz oder St. Valentin! Das müßte man bei der Planung unberücksichtigt lassen, weil natürl. jetzt das Angebot der Bahn wesentl. unattraktiver ist, als es dann später sein würde.

Ich würde vorschlagen und möchte den Hr. Bgm. bitten, daß wir den Verkehrsplaner des Landes, Dr. Höfler, gemeinsam mit diesen Hobby-Fachexperten der Bahn, die sich sehr um dieses Projekt "Westbahn über Steyr" verdient gemacht haben, einmal einladen in diesen Kreis. Dann sollte ernsthaft diskutiert werden, denn Dr. Höfler hat gesagt, wir sollten versuchen, eine Machbarkeitsstudie und die Vorteile der Anbindung der Westbahn an Steyr vorzulegen. Denn die Aufgabe an die Hochleistungs AG wird Dr. Hammerschmied machen. Und die Einstellung des Dr. Hammerschmied ist allg. - sowohl Dr. Klima als auch Dr. Pühringer und

Dr. Höfler - bekannt. Er ist neg. eingestellt, was die Westbahn über Steyr betrifft.

Daher sollten wir die Vorzüge, die Wünsche und die Notwendigkeit, den Wirtschaftsraum Steyr an die Westbahn möglichst gut anzubinden, untermauern. Ich würde wirklich bitten, diese Leute hierher einzuladen, ein gemeinsames Forum zu bilden und die Gründe bzw. das Gutachten zu erarbeiten.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Seitens der GAL hat sich Frau GR Scheucher gemeldet.

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:

Wir begrüßen selbstverständlich alle Aktivitäten, die auf eine bessere Anbindung Steyrs an den Zentralraum zielen. U. a. auch die Anstrengungen, die Westbahn über Steyr zu führen. Wir glauben aber schon, daß man trotzdem nicht - hier sind wir mit der ÖVP einmal einer Meinung - aus den Augen verlieren sollte, einen besseren Ausbau der Strecke Steyr - Linz, bzw. noch weiter in das Ennstal hinein, zu erreichen. Also einen 2gleisigen Ausbau!

Ich glaube, ein Argument stimmt nicht. Das ist immer die Frage, was zuerst da war - die Henne oder das Ei. Die Frequenz kann nicht ausgelastet sein, solange das Angebot nicht paßt! Bei einem besseren Angebot wird auch die Auslastung besser sein.

Ich finde es unfair, wenn seitens der ÖBB immer die Forderung kommt: "Zuerst müßt Ihr es annehmen, dann bauen wir es Euch aus"! Es geht nur umgekehrt!

Ich glaube, in diese Richtung müssen wir auch unsere Forderungen stellen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Zu diesem Thema sind die Wortmeldungen erschöpft. Wird ein zweites Thema gewünscht? ÖVP-Fraktion? Nicht der Fall. GAL? Frau Kollegin Scheucher bitte.

GEMEINDERÄTIN EVA SCHEUCHER:

Ich möchte in dieser Aktuellen Stunde noch einmal den Abriß der KZ-Baracke in Münichholz thematisieren. Ich weiß, daß die Vorgänge um diese Handlung selbst bestens bekannt sind; ich weiß auch, daß der Eigentümer, Hr. Sulzenbacher, in vollem Bewußtsein der Rechtswidrigkeit seiner Handlung agiert hat. Er war am 19. 3. gegen Mittag noch einmal von Hr. Treml aufmerksam gemacht worden auf die strafrechtl. Folgen seines Tuns. Da hat er bereits begonnen gehabt, trotz Verbotes abzureißen. Zu diesem Zeitpunkt war der Giebel der Baracke bereits entfernt und trotz einer Verfügung des Hr. Bürgermeisters, die ihm expreß zugestellt wurde, hat Hr. Sulzenbacher ca. um 14 Uhr seine

Aktionen fortgesetzt. Die Polizei, die die Verhinderung des Abbruches überwachen hätte sollen, hat eigenartigerweise erst um 16.45 Uhr dem Magistrat den Abbruch gemeldet. Die Feuerwehr-Aktion des Hr. Mag. Zineder hat dann leider nicht mehr sehr viel genutzt. Es waren, als er - sagen wir - zum Tatort eilte, immerhin 4/5 des Gebäudes zerstört.

Das breite Medienecho, das dieser Vorgang im In- und Ausland hervorgerufen hat, kam offenbar nur für Hr. Sulzenbacher und seinen Anwalt überraschend. Für alle anderen war es eigentlich klar, daß so eine Handlung nicht ohne Echo bleiben kann. Wir möchten an dieser Stelle noch einmal fordern - auch im Namen des Komitees "Mauthausen Aktiv" -, daß der Täter wirklich mit aller Härte bestraft wird. Und wir wollen fordern, daß Maßnahmen gesetzt werden zur Wiederaufrichtung der Baracke! Wir wissen schon, daß diese "eigentliche" Baracke immer nur ein Ersatz sein wird, daß es nie mehr das sein kann, was es war. Aber wir möchten erreichen, daß diese Baracke wieder errichtet wird - und zwar als Dokumentationszentrum und als Zeitgeschichte-Werkstätte; bes. für Schulen! Denn, wenn ich mich so an die Medien-Mitteilungen erinnere, haben sehr viele Steyrer und fast alle Jugendlichen in Steyr keine Ahnung davon gehabt, daß es in Steyr einmal ein KZ-Lager

gegeben hat. Ich kann mir auch vorstellen, daß das offizielle Steyr nicht sehr stolz auf diesen Teil seiner Vergangenheit ist und daß man daher auch ganz froh war, wenn das vielleicht nicht so bekannt geworden ist. Der einzig positive Aspekt in dieser leidigen Geschichte ist vielleicht, daß es jetzt thematisiert ist, daß man sich jetzt damit auseinandersetzen muß. Ich glaube, es ist unsere Aufgabe, die Kinder auch mit den dunkelsten Seiten unserer Geschichte vertraut zu machen. Sie betroffen zu machen über Dinge, die passiert sind und vor allem ihnen zu zeigen, daß diese Dinge nicht irgendwo passiert sind. Sie hören von Auschwitz, sie hören vom Ghetto von Warschau, sie hören vielleicht noch von Mauthausen. Das war alles irgendwo weit weg. Man muß ihnen klar machen, so etwas kann vor unserer Haustüre, mitten in unserer Stadt passieren. Und daß es solche Greuelthaten, daß es Genozid auch heute noch gibt, da brauchen wir nur die Nachrichten aufdrehen; da wissen wir, daß das immer noch vorhanden ist. Wir sollten unseren Kindern anhand der Geschichte und mit Hilfe einer solchen Zeitgeschichte-Werkstätte zeigen, daß so etwas mitten unter uns passieren kann. Wir müssen sie hellhörig machen, damit sie einfach solche nazistischen Strömungen rechtzeitig durchschauen und damit sie sich dagegen zur Wehr setzen können.

Ich möchte hier schließen mit den Worten von Simon Wiesenthal, die er gebraucht hat, als er von dem Abriß erfuhr. Er hat gesagt: "Das ist ein Schock; das ist etwas, das ich einfach nicht glauben kann. Das ist ein Rückschlag meiner 4jahrzehntelangen Arbeit, wo ich versucht habe, etwas für die Zukunft zu tun, damit unsere Kinder und Enkelkinder - nicht nur die jüdischen - vor etwas, wie es der Nazismus war, bewahrt werden!"  
Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Wer wünscht das Wort?  
Der Bürgermeister - bitte sehr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHEMAYR:

Meine Damen und Herren des GR, ich möchte zu diesem Thema sagen, daß ich auch darüber empört war, in welcher Weise dieser Vorgang passiert ist. Es hat eigentlich erst ganz kurze Zeit vor diesem Vorgang eine Vorsprache des Komitees "Mauthausen Aktiv" stattgefunden. Die Herrschaften waren bei mir und haben mich das erste Mal damit befaßt, ob man nicht so eine Gedächtnis-Stätte in dieser Baracke errichten könnte. Ich habe den Damen und Herren damals gesagt, ich halte es für zweckmäßig, daß erstens einmal dieser Verein als Käufer auftritt und zweitens ein Historiker bestellt wird, damit er überprüft, ob diese Baracke nach all den

Jahren und nach den versch. Verwendungszwecken, denen sie gedient hat, erhaltenswürdig ist. Auf Basis eines solchen Gutachtens, wenn es pos. gewesen wäre, hätten hier Land, Bund und auch die Stadt Steyr Zuschüsse leisten können, wenn dieser Verein eine derartige Gedenkstätte errichtet hätte.

Daß dies nicht abgewartet wurde, daß diese Baracke vorher beseitigt wurde in einer "Nacht- und Nebelaktion", obwohl darauf aufmerksam gemacht wurde, verurteile ich. Weil die Chance vertan wurde, festzustellen, ob dieses Objekt erhaltenswürdig gewesen wäre. Das wissen wir eigentlich nicht genau! Man kann das natürlich so und so beurteilen, aber ein Historiker-Gutachten hätte hier Klarheit bzw. eine Orientierungshilfe - auch für uns - gebracht. Das war das eine und das andere ist, daß ich es einfach nicht gutheißen kann, daß sich irgendjemand in dieser Stadt einfach über alle Möglichkeiten, Mittel, Festlegungen des Rechtsstaates und das Gesetz hinwegsetzt. Deswegen hat es mir auch nicht gepaßt! Das nächste Mal geht dann einer her und reißt irgendein anderes denkwürdiges Gebäude oder Objekt nieder. Das sind meine Gründe gewesen!

Ich habe mich persönlich bemüht und mindestens - als ich davon in Kenntnis gesetzt wurde - fünfmal versucht, den Eigentümer tel. zu erreichen. Es war nicht möglich; erst gegen 17.45

Uhr bin ich dort tel. durchgekommen und da hat sich bereits der Anwalt des Besitzers gemeldet.

Ich glaube, daß diese Vorgangsweise nicht Schule machen darf und soll! Daher wurde - wie angekündigt - ein Verfahren eingeleitet. Hier wird nun genau zu beobachten sein, daß dieses Verfahren ordnungsgemäß über die Bühne geht und durchgeführt wird. Das sind wir uns als GR, als Stadt Steyr und als pol. Verwaltung dieser Stadt schuldig!

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Zu Wort ist Hr. GR Dr. Tilman Schwager gemeldet.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Ihnen, Hr. Bgm., vielen Dank für Ihre Worte. Ich muß sagen, es soll mit meiner Wortmeldung keineswegs der Eindruck geweckt werden, daß hier die Frage "Recht oder Unrecht des Abbruches?" angeschnitten werden soll. Ich will auch hier nicht die Äußerung ausgerechnet eines Berufskollegen von mir - wie es mir auch sonst nicht zusteht - werten. Ich knüpfe bewußt an dem an, was Frau Kollegin Scheucher - wenn ich so sagen darf - als "Aufhänger" oder meinetwegen als Überschrift in ihrer Wortmeldung genannt hat. Das ist nämlich die Frage eines Wiederaufbaues dieser Baracke.

Ich bin 1949 nach Steyr gekommen und wohnte mit meinen Eltern in Münichholz. Ich war damals ca. 11 Jahre - jedenfalls noch zwischen Kind und Jugendlichem. Das Gebäude hat sich damals so dargestellt, daß dort neben versch. anderen diese Baracke stand. Sonst war es übersät bis zu den Eisenbahnschienen hin mit Bombentrichtern verschiedenster Größe und wurde von uns dazu genützt, daß wir in diesen riesigen Bombentrichtern mit dem Fahrrad Kreise gefahren sind und so geübt haben. Kein Mensch hat uns je gesagt, daß dort ein KZ gewesen sein soll. Wir wußten nur so viel, daß in diesem Bereich ein Gefangenenlager war und daß Kriegsverpflichtete in diesem Kugellager - so haben wir das damals genannt - arbeiten mußten.

Die Zeit ist 1949 sicherlich noch nicht so weit gewesen - auch die Folgejahre (1956 kam ich wegen meinem Studium weg) -, daß man die Zeit von 1943 (da hat es eigentlich erst scharf begonnen) bis 1945 schon aufgearbeitet hätte. So weit war man damals nicht! Ich glaube aber nicht, daß man das verdrängt hat; noch dazu, wo wir damals nicht einmal eine richtig freie Presse hatten. Da gab es die amerik. Zeitung, den Kurier und noch versch. besatzungsmacht-gesteuerte Zeitschriften.

Ich glaube nicht, daß damals von seiten der eigenen Bevölkerung versucht wurde, hier etwas zu

verdrängen. Es soll auch - da gebe ich Ihnen absolut recht - gar nicht versucht werden, etwas, das geschehen ist, aus der Geschichte sozusagen zu löschen. Das wäre grundverkehrt! Aber es soll auch nicht umgekehrt - hier komme ich jetzt zum Wiederaufbau - jede Baracke zu einem Monument umgestaltet werden. Das war sie bis dahin nicht - ich wußte, ehrlich gesagt, bis zu dem "Wirbel" um den Abbruch nicht, was in dieser Baracke wirklich einmal war. Erst nachher habe ich gefragt, denn für mich war das die "Sulzenbacher-Baracke" und sonst nichts! D. h., für uns Steyrer - das nehme ich für mehrere in Anspruch, nicht nur für mich - hatte diese Baracke überhaupt keinen histor. Bezug zu den Greueln des 2. Weltkrieges. Wir kannten und kennen den Gedenkstein, der an der Haager Straße steht, wo die Rampe von den Schrebergärten vom dreier Abschnitt kommt.

Es ist meines Erachtens zurecht immer wieder auf diese Greuel hingewiesen worden; es ist auch unsere Verpflichtung, daß wir alles unternehmen, damit diese Erinnerung nicht untergeht. Aber ich glaube, es geht zu weit, wenn wir als Vertreter einer Stadtgemeinde verlangen, daß die Baracke deswegen wieder aufgebaut werden soll. Es ist sicherlich - ich wiederhole das noch einmal - unglücklich, wie hier agiert wurde. Es soll auf keinen Fall der Eindruck erweckt werden, daß hier irgendwelche

widerrechtlichen Vorgänge auch nur im geringsten gedeckt werden. Denn wozu haben wir denn ein Baurecht? Unsere Stadt Steyr hat jedenfalls im äußeren Anblick nicht gelitten. Sie hat dadurch gelitten, daß sich Nicht-Steyrer hier insbes. in unsere Steyrer Geschichte eingemengt haben.

Ich will das jetzt nicht ins Lächerliche ziehen, bestimmt nicht, aber es gibt andere "Halbbaulichkeiten", die auch falsch ausgelegt werden können, wenn man alles auf den Krieg beziehen will. Ich denke an diese "graue Eminenz", die im Steyrfluß steht und der das rote Herz längst ausgegangen ist. Die erinnert in ihrer Kontur an den unglücklichen "Kohlenklau", der bis 1945 von jedem Plakat heruntergeschaut hat. Das könnten wir wegreißen und da würden wir vielleicht unserer Stadt etwas Gutes tun. Denn wäre das damals schon gestanden, ich sage Ihnen, dem Schubert wäre nicht so manches schöne Lied eingefallen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABL-  
LIK:

Hr. StR Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR  
SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte betonen, daß wir das Vorgehen des Besitzers dieser Baracke schärfstens verurteilen - rein aus baurechtlichen Gründen, wo er sie widerrechtl.

abgebrochen hat und wo er Auftrag hatte, die Baracke bestehen zu lassen. Es war aber 14 Tage bevor dieser Eklat passiert ist ein Vertreter von "Mauthausen Aktiv" bei mir und hat vorgeschlagen, ob man diese Baracke mit dem dazugehörigen Grundstück im Ausmaß von rd. 1.700 m<sup>2</sup> nicht seitens der Stadt zu einem Preis von rd. S 2.000,- / m<sup>2</sup> (also um ca. 3,5 Mill. S) ankaufen würde und ankaufen sollte. Ich habe ihm damals gesagt, wir haben dort unten einen Gedenkstein, bei dem auch schon div. Kundgebungen für das KZ Mauthausen abgehalten wurden.

Ich glaube, man muß und soll auch diese schrecklichen Ereignisse des 2. Weltkrieges in den Konzentrationslagern und auch hier in Steyr in diesem Lager nicht verdrängen, sondern es muß aufgearbeitet und innerlich für die Jugend auch aufbereitet und gelöst werden. Er hat mir dann noch gesagt, sie können sich vorstellen, daß diese Baracke als Dokumentation für Steyr geführt wird und daß sie von Mitarbeitern des Museums Arbeitswelt betreut wird.

Ich muß sagen, daß ich dafür damals nicht sehr viel Verständnis aufgebracht habe, weil ich der Meinung war, wir wollen immer beim Museum eher Kosten einsparen und nicht zusätzlich durch die Betreuung einer neuen Museums- oder Dokumentationsstätte neue Kräfte

einstellen und neue Kosten verursachen.

Ich glaube aber und ich habe ihm auch vorgeschlagen, man sollte versuchen, - für mich wäre der logischste Ort Mauthausen - ein Zimmer oder einen Saal zu bekommen, um die Situation der damaligen Zeit in Steyr zu dokumentieren. Wir haben aber auch besprochen und könnten uns vorstellen, in Steyr entweder im Museum oder im Heimathaus einen Raum dafür zur Verfügung zu stellen, um dort eine Dokumentation anzulegen.

Die Baracke wieder aufzubauen, rein symbolisch, die dann mit der ursprünglichen eigentlich nichts mehr zu tun hat, finde ich nicht sehr sinnvoll, und ich glaube, wenn wir eine Dokumentation in der angebotenen Form finden, dann würde man wirklich auch dem Problem und der Aufarbeitung dieses Problems während des 2. Weltkrieges entsprechend Rechnung tragen.

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

Danke. Damit ist dieser Beitrag abgeschlossen. Gibt es noch weitere Themen für die Aktuelle Stunde? Wenn dies nicht der Fall ist, sind wir am Ende unserer Sitzung angelangt und ich darf bekanntgeben, daß wir heute Beschlüsse über S 148,659.700,-- gefaßt haben. Ich danke Ihnen für die Disziplin und schließe die heutige Sitzung.

ENDE DER SITZUNG: 17.34 UHR

**DER VORSITZENDE:**

Bürgermeister Hermann Leithenmayr e.h.

**DIE PROTOKOLLFÜHRER:**

OMR Mag. Augustin Zineder e.h.

Belinda Kastlunger e.h.

**DIE PROTOKOLLPRÜFER:**

Hermann Bachner e.h.

Ulrike Fuchs e.h.